

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 11. Februar 1930
12. Jahrgang, Nummer 35

Preis: Inland 0,50 RM, monatlich 3,00 RM, Einzelnummer 10 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 2,50 RM, unter Einband 3,00 RM.
Ausland: Die gebundene Vierteljahresgabe über deren
Preis 12 Pf. Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 5 Pf. Anzeigen-
preis: Die dreifache Vierteljahresgabe über deren Raum im Zeit-
raum 1 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition
3 Uhr in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Bankverteilung: Breslau 10, Traubelstr. 50, Tel. 540 38.
Postkonten: Breslau 544, S-Bank: Breslau, Kreuzstr.
Straße 50, Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion Sonntag-12,
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialverteilungen:
Gleititz, Berlin 26, Tel. 4085; Oppeln, Kallbecker 11, Tel. 1344
Gleititz, Lütz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8-10 Uhr. Verlags-
Hauptverlag: Breslau. Erscheinungsort: Breslau. — Verlag: Schief. Ver-
lagsgesellschaft mbH, Bresl. — Druck: „Reube“, Gll. Breslau, Kreuzstr. 50.

Gegen Hungerlöhne und verbindliche Schlichtungspraxis: Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Organisiert den Kampf für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung im Bergbau,
Textilindustrie, Metallgewerbe und Landwirtschaft

Breslau, 11. Februar.

Wir berichteten gestern, daß für die Arbeiter der wichtigsten In-
dustriegruppen Schlesiens Schiedsprüche gefällt bzw. für verbindlich
erklärt wurden. Für die schlesischen und ober-schlesischen
Landarbeiter bestimmt der unter dem Vorsitz des Sozial-
istischen Philipp gefällte Schiedspruch die Verbehalten der bis-
herigen Löhne für das ganze Jahr 1930. Wie diese Löhne aussehen,
sei durch folgenden Lohnbeutel eines Landarbeiterspaars
illustriert:

Stunden für den Mann: 45 Stunden =	7,85 M
Abzüge: Invalidentgelt	0,60 M
Krankentasse	0,80 M
Erwerbslosenunterstützung	0,27 M
bleibt	6,18 M
Badgeld	0,63 M
1/4 Ueberstunden	0,40 M
1 Tag Säcketragen	0,25 M
Zusammen	7,46 M
37,5 Stunden für die Frau =	6,38 M
Krankentasse	0,41 M
Invalidentversicherung	0,30 M
Erwerbslosenbeitrag	0,12 M
bleibt	5,55 M

Die gesamte Summe für Mann und Frau zusammen, die sie
für eine Woche Arbeit erhalten, beträgt 13,01 Mark.

Für die schlesische Metallindustrie wurde vor einigen
Tagen ein Spruch gefällt, wonach die Unternehmern das Recht ein-
geräumt wird, willkürlich die 51 stündige Arbeitswoche ein-
zuführen. Für den niederschlesischen Bergbau haben die
Grubenbesitzer die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Es wird er-
wartet, daß Wiffell diesem Antrage nachkommen wird. Der
Schiedspruch steht nämlich wie für die Landarbeiter die Verbehalten
der bisherigen Nominallöhne, d. h. einen

Abbau der RealLöhne

vor. Der Arbeitszeitanspruch für die schlesische Textil-
industrie ist, nachdem ihn die Gewerkschaftsbürokraten zum Schein
abgelehnt haben, von Wiffell auf Antrag der Unternehmer
für verbindlich erklärt worden.

Noch ist der Reichstagsbeschluss auf Ratifizierung des Young-
Plans nicht gefasst, und schon treffen die Kapitalisten und sozial-
istischen Gewerkschaftsbürokraten Maßnahmen zur Verwälzung
aller neuen Lasten auf die Schultern der Arbeiter. Die verbindliche
Schlichtungspraxis ist ein Mittel zu diesem Zweck. Durch Abweisung
der Schiedsprüche will man den Arbeitern vorkäufeln, als treten
die Gewerkschaftsbürokraten noch für ihre Forderungen ein; in Wirk-
lichkeit kehrt man nur ab, weil man weiß, daß Wiffell doch das
tun wird, was die Unternehmer befehlen. Die sozialfaschistischen
Funktionäre spielen durch ihr Kopfnicken zu allen Vorschlägen der
Gewerkschaftsbürokraten dieselbe Verräterrolle wie die Bürokraten
selbst.

Schlesische Arbeiter, der Bezirkskongreß der
revolutionären Gewerkschaftsopposition zeigt euch
den Weg, auf dem ihr vorstoßen müßt, um dem Hungerdasein ein
Ende zu machen.

Nieber mit der verbindlichen Schlichtungspraxis! Organisiert
den Kampf für eure Forderungen ohne Rücksicht auf Tarifabschlusszeit
und Maßnahmen der Schlichtungsinstanzen!

An der Spitze dieser Kämpfe können nur von euch selbst ge-
wählte Leitungen stehen, denn die Gewerkschaftsbürokraten
und ihr Anhang sind eure Feinde.

Säubert die Betriebe von den sozialfaschistischen und christlichen

Funktionären. Sie können nicht euer Vertrauen besitzen! Wählt in
jedem Betrieb, in jeder Abteilung revolutionäre Ver-
trauensleute!

Wählt revolutionäre Betriebsräte! Betriebsräte,
die sich nicht in den Maschen des kapitalistischen Betriebsrätegesetzes
verfangen, fordern ausschließlich im Interesse der Belegschaft
tätig sind. Haltet sofort Versammlungen ab! Wählt Wähl-

auschüsse! Stellt oppositionelle Listen zur Betriebsrats-
wahl auf!

Es gibt kein Partieren mit den sozialfaschistischen Funktionären
mehr! Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß einen ent-
scheidenden Vorstoß gegen alle Feinde der Arbeiterchaft tun. Für
die Arbeiter gibt es nur eine Entscheidung: Mit der revolutionären
Gewerkschaftsopposition energisch vorwärts!

Verjagt die Handlanger der Unternehmer

Eine ernste Mahnung

Zum jährlichen Bestehen des Betriebsrätegesetzes veröffent-
lichte der „Vorwärts“ einen Artikel von Hans Kögler, der mit
fester Offenheit den klassenverräterischen Standpunkt der Sozial-
faschisten enthüllt. Aufgabe der Betriebsräte ist für diesen Herrn —
die Förderung der kapitalistischen Unternehmungen:

„Um manches Unternehmen und um manchen Betriebsleiter
hätte es in der Glanzperiode der Inflation schlimmer gestanden,
hätte nicht der Betriebsrat in den bedrohlichsten Situationen seinen
Mann gestanden.“

Die aktive Unterstützung der Ausbeuter rechnen sich die Sozial-
faschisten also noch als Verdienst an. Jeder Arbeiter muß sich die
Frage vorlegen, was er und seine Klassenossen beim von diesen
Liesbediensteten der SPD-Betriebsräte an das Kapital für Vorteile
geholt haben. Die Betriebsräte, die anders handeln und ihre Klassen-
pflicht erfüllen, sind für den Herrn Kögler „Außenleiter“ — die
Unternehmer sollten dafür sorgen, daß ihre Vertreter, statt der vielen
Prozesse mit den Betriebsräten, lieber

„die Betriebsräte belächeln, sie einwärts in die neuen, ihnen bis-
her verschlossenen Arbeitsgebiete, um so gemeinsam an dem so not-
wendigen Aufstieg der Wirtschaft zu wirken.“

Die Betriebsräte sollen sich also von den Ausbeutervertretern
darüber belehren lassen, wie man die Arbeiter, die sie gewöhnt haben,
am besten auf Pfahle rationalisieren kann — denn darauf kommt
ja der vom „Vorwärts“ so gefeierte „Aufstieg der (kapitalistischen)
Wirtschaft“ hinaus. Wir wollen aber annehmen, daß wenigstens Herr
Kögler sich seinen guten Rat zu Herzen genommen hat, bei den
Unternehmern in die Schule gegangen ist — und richtig, wir irren

uns darin nicht. Denn man lese nur, was er für „Verbesserungen“
am Betriebsrätegesetz vorzuschlagen hat. Daß die Interessen der
Arbeiter „nicht immer“ (!) gleichlaufend mit denen des privatkapita-
listischen Betriebsunternehmers sind, gibt K. ja allerdings zu —
aber das ist eine leere Phrase; wann man, wie er und seine Partei
es tun — und in diesem Artikel noch ausdrücklich bekräftigen — in
der großen Linie die Interessengemeinschaft von Ausbeutern und
Ausgebeuteten behauptet. Was K. aber ganz praktisch brüht und was
er konkret „verbessert“ haben will, das ist — „Die jährliche Neuwahl“!
Dem Herrn paßt es nicht, daß seine Partei Jahr für Jahr von den
klassenbewußten Betriebsarbeitern die Diktatur für ihre arbeiter-
feindliche Politik erhält, und so dekretiert er:

„Eine Verlängerung der Amtsperiode oder mindestens die Mög-
lichkeit einer partiellen Wahl (jedes Jahr ein Drittel oder die Hälfte)
läge bestimmt im allgemeinen Interesse.“

Unter „allgemeiner Interesse“ versteht der Herr Kögler jene
Interessen, die seiner Bande, den wohlgefütterten Gewerkschaftsbon-
zen und ihren obersten Herren, den Ausbeutern, gemeinsam sind —
und in dieser Beziehung hat er ja recht. Über jeder denkende Arbeiter
wird aus diesen offenen Beständen die Konsequenzen ziehen und
dafür sorgen, daß die Sozialfaschisten bei den kommenden Betriebs-
rätewahlen recht gründlich daran erinnert werden, was die jähr-
lichen Neuwahlen bedeuten: Massenmobilisierung für den Klassen-
kampf, gegen die „Wirtschaftsdemokratie“, gegen den Klassenerrat
der Arbeitergemeinschaft. Und deshalb muß es bei den kommenden
Betriebsrätewahlen den Kögler und seinen Partnern um die Ohren schallen:

Die Betriebsarbeiter sind nicht gelb, sondern sie sind rot, und
deshalb wählen sie rote Betriebsräte!

Roter Sieg im DMV, Solingen

In der letzten Branchenversammlung der Schlosser
in Solingen wurden bei der Neuwahl der Branchenleitung, die
bisher von Renegaten und Reformisten besetzt war, mit 22 gegen 17
Stimmen die von der revolutionären Opposition vorgeschlagenen
Kollegen gewählt. Dieser Sieg ist um so bemerkenswerter, als vor
allen die Renegaten versuchten, mit roborativen Phrasen eine Kritik der
Reformisten bei ihrem Verhalten im Schlägerstreik zu üben. Doch
die Kollegen von der Gewerkschaftsopposition brachten den Beweis
dafür, daß die Renegaten einen ebenso schmachvollen Verrat geübt
haben wie die sozialfaschistische Bürokratie. Die Opposition, die jetzt
die Schlosserbranche in Solingen wieder fest in der Hand hat, wird
auch die vor der reformistischen Verräterpolitik herausgelassenen
Kollegen wieder einreihen in die revolutionäre Gewerkschafts-
front zwischen Kampf gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbüro-

Recenia-Streik abgebrochen

Die Streikversammlung der Recenia-Arbeiter in Hart-
mannsdorf am 7. Februar hat einstimmig beschlossen, den Streik zu
beenden. Der organisierte Streikbruch der DMV-Bürokratie hat
eine Situation geschaffen, die den national- und sozialfaschistischen

Streikbrechern die Zerklüftung der einheitlichen Kampffront er-
möglichte.

Der heroische elfstündige Kampf der Textilarbeiter in Hartmanns-
dorf konnte durch das Vordringen der Sozialfaschisten nicht mit einem
materiellen Erfolg beendet werden; doch die Textilarbeiter wurden
nicht besiegt. Die Hartmannsdorfer Belegschaft hat durch ihren
Kampf der faschistischen Textilarbeiterchaft und darüber hinaus der
gesamten deutschen Arbeiterchaft ein leuchtendes Beispiel gegeben.
Die Verbandsbürokratie des DMV hatte vom Beginn des
Streikes an mit allen Mitteln versucht, den Streik der Recenia-
Arbeiter abzumürgen. Aber alle diese Versuche scheiterten an
dem Kampfesmut und an der Geschlossenheit der Streikenden. Das
Blutbad der Polizei, bei dem fünf Arbeiter getötet und 20 schwer
verletzt wurden, haben die Sozialfaschisten zu einer wüsten Hehe
gegen die Führung des Kampfes, gegen die Streikenden, gegen die
Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aus-
genutzt. Die sozialdemokratische Presse hat die bürgerlichen Zeitungen
in ihrer Hehe gegen die kämpfenden Arbeiter bei weitem über-
troffen und sich als Organ des Spiegels- und Demagogentums
schlimmster Sorte entpuppt. Das Textilproletariat wird schon bei
den Betriebsrätewahlen den Sozialfaschisten die Antwort auf ihr
Verbrechen geben.

Sofort Belegschaftsversammlungen einberufen
Berichterstattung vom Oppositionskongreß
In allen Betrieben: Wahlausschüsse zur Vorbereitung roter Betriebsratswahlen bilden. Verjagt die
sozialfaschistischen und christlichen Unternehmerlakaien von den Betriebsfunktionären!

Geheimberatungen über Deimonopol

Vorbereitungen zum Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion — Benzinwucher zur Auffüllung der Steuerkasse

Im Reichsfinanzministerium wird, wie „Berlin am Morgen“ meldet, über die Errichtung eines Deimonopols in Deutschland verhandelt. Es soll den englischen und amerikanischen Deimonopolisten, sowie dem deutschen Chemietrust das Monopol für den Deimon und Benzinabsatz in Deutschland ausgeliefert werden, um so die erfolgreiche Naphthalinexportierung auszusparen und durch Benzinwucher höhere Erträge zu erzielen, wovon ein Teil dem Steuerfiskus des Reiches zufließen soll.

Dem sowjetrussischen Naphthalin war es im letzten Jahre gelungen, trotz aller Begehrte der besonders guten Qualität des Naphthalins seinen Export bedeutend zu steigern. Ähnlich wie bei dem Zündholzabsatz soll nun aber auch auf dem deutschen Deimonmarkt eine monopolistische Diktatur zugunsten des amerikanischen-englischen Deimonkapitals errichtet werden. Dafür legt sich besonders der Reichsfinanzminister Molkenhauer ein, der persönlich Aufsichtsratsmitglied der I. G. Farbenindustrie ist. Der Chemietrust erzeugt bekanntlich Deimon durch Kohle-Verflüchtigung und steht außerdem in enger Verbindung mit dem amerikanischen und englischen Deimonkapital.

Die Pläne über ein deutsches Deimonopol sind eine offene Kampfanzeige der Reichsregierung und ein weiterer Schritt zum Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion in Ausführung des

Young-Planes. Deswegen die verschärfte Presse- und Lügenoffensive gegen die Sowjetunion seitens der bürgerlich-sozialdemokratischen Journalisten.

Emelta-Verschäkerung durch das Reich

Verschleuderung von vielen Millionen Staatsgeldern

Die Reichsregierung steht in Unterhandlungen über einen Verkauf ihres Mehrheitsanteils an der Emelta-Lichtspiel-Fabrik, dem einzigen von Eugenberg-Wa noch nicht abhängigen Lichtspielunternehmen in Deutschland. Hitzlerding hatte diese Beteiligung von einem mit ihm befreundeten Kilmelster v. Lustig zu einem Kurze aufgelöst, der um etwa 40 Prozent höher als der ursprüngliche Wertkurs war. Als Begründung dafür wurde offiziell verkündet, daß ein Verkauf des zweitgrößten deutschen Lichtspielunternehmens an Eugenberg oder das Ausland verhindert werden solle. Jetzt verhandelt die Reichsregierung über die Verschäkerung derselben Emelta an die Eugenberg oder an einen großen amerikanischen Filmkonzern — natürlich auf Kosten der werktätigen Steuerzahler.

Lohnkampf der Berliner Tagelöhner

Die Berliner Tagelöhner befinden sich seit mehreren Wochen in einer Lohnbewegung. Der Schlichtungsausschuß hatte einen Schiedspruch gefällt, der den Abbau des bisherigen Festlohnes von 2,50 Mark pro Tag und des Garantielohnes von 8 Mark pro Schicht vorseht. Die Tagelöhner haben einstimmig diesen unerschütterlichen Schiedspruch abgelehnt. Nunmehr versuchen die Unternehmer den Tagelöhnern Revanche vorzulegen, in denen die Anerkennung des Schiedspruches verlangt wird. Die Fahrer lehnten selbstverständlich die Unterschrift unter die Revanche ab, worauf ihnen von den Unternehmern erklärt wurde, daß sie sich als entlassen betrachten können.

Bis Montag mittag sind rund 3000 Kraftfahrzeugfahrer entlassen worden. Das bedeutet, daß von den etwa 6500 Tagelöhnern etwa ein Drittel ausgesperrt sind. Es ist zu erwarten, daß die Aussperrung noch weiter um sich greift, so daß eine allgemeine Stilllegung des Berliner Kraftfahrzeugverkehrs nicht ausgeschlossen ist. Die Kraftfahrzeugfahrer sind jedenfalls gewillt, den Kampf fortzusetzen gegen diesen Schiedspruch bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Ab heute Erhöhung der Getreide- und Viehzölle

Die Koalitionsregierung hat zum 11. Februar dieses Jahres das Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Handelsvertrag genehmigt. Damit tritt ab heute eine Erhöhung des Roggenzolls um 3 Mark je Doppelzentner oder 50 Prozent, des Weizenzolls um 3 Mark oder 45 Prozent, sowie von Gerste um 11 Mark je Doppelzentner oder 61 Prozent in Kraft. Die Preise für fast sämtliche Nahrungsmittel — Weizen, Brot, Fleisch, Butter, Milch usw. — werden noch mehr in die Höhe getrieben und verteuert. Der Reallohn wird sich weiter senken, wenn nicht der Kampf für Lohnerhöhungen und Sechsstundentag, gegen das kapitalistische Hungerregime unter revolutionärer Führung aufgenommen wird.

Lüge vom Tage

Was Herr Gerlach phantasiert

Die antibolschewistische Klatschtante Gerlach meldet in der gestrigen „Welt am Montag“, daß der Berliner Korrespondent der „Brawda“, Gregor Großmann, seinen Posten verlassen werde, weil er „den leitenden Kreisen der Komintern seit langer Zeit unbehagen ist“. Sein Nachfolger sei — Heinz Neumann! Außerdem werde Großmanns Sohn in der Sowjetunion als Geißel (!) für seinen Vater zurückgehalten.

Dazu teilt uns Genosse Großmann mit, daß sein Sohn freiwillig nach der Sowjetunion gereist ist und dort eine seiner Vorbildung entsprechende und ihn voll befriedigende Beschäftigung gefunden hat. Die Behauptung, daß er seinen Posten verlasse und Heinz Neumann ihm folge, ist frei erfunden. Richtig ist dagegen, daß ich infolge meiner geschwächten Gesundheit schon vor geraumer Zeit meine Redaktion ersuchte, mit einem Stellvertreter zu senden. Dieser Wunsch ist vor kurzem in Erfüllung gegangen. Ein Mitarbeiter der Redaktion der „Brawda“, der Genosse A. Sartmann, ist in Berlin eingetroffen und mit ihm zusammen werde ich meine bisherige Arbeit für die „Brawda“ fortsetzen.

Womit der Lügen-Gerlach sein Fett weg hat. Das wird ihn ja selbstverständlich nicht hindern, am nächsten Montag mit einem neuen Schwindel aufzuwarten. Das liegt wohl so in seinem antibolschewistischen Charakter.

Durchbrechung des Belagerungszustandes

In Sagan (Niederschlesien) beherrschten demonstrierende Arbeiter die Straße. Mehrere Stunden lang demonstrierten in Sagan Betriebsarbeiter und Erwerbslose gegen das Demonstrationserbot Orzeszins. Mit Transparenten und unter dem Gesang revolutionärer Lieder zogen sie durch die Geschäftsviertel der Stadt. Mit aller Brutalität immer wiederholte Polizeieinheiten vermochten nicht die Demonstrationen zu lösen, die sich immer wieder neu bildeten, aufzulösen. In ihrer Wut schlug die Polizei auf unbeteiligte Passanten ein, während Reichsbanner und Nationalsozialisten einzelne Arbeiter der Polizei zur Verhaftung denunzierten. Die beabsichtigten Verhaftungen scheiterten aber an dem Widerstand der Demonstranten. Die Arbeiterkassen haben ihren Kampfeswillen gezeigt, und bis in die Nacht hinein erkönten durch die Straßen die Rufe „Nieder mit dem Orzeszinski-Verbot!“ und „Es lebe die Rote Front!“

SPD. billigt die Hungersteuern

Breitscheid bestätigt das Abkommen der SPD. mit den übrigen Koalitionsparteien auf Einführung der Massensteuern

Die sozialdemokratischen Führer heucheln in ihrer Presse Opposition gegen die geplanten neuen Massenbelastungssteuern und gegen die „Zwangsanleihe“ bei der Angestellten- und Inhabitenversicherung. Die „Kölnische Zeitung“ am 9. Februar enthüllt die wahren Pläne der sozialdemokratischen Steuerräuber. In einem Bericht über die Verhandlungen der Koalitionsparteien schreibt das Blatt:

„In den vergangenen Wochen sind immer wieder Verhandlungen ausgetauscht, daß die beiden Flügelparteien in ihrer Koalitionsfreundschaft zu erlahmen beginnen und eine ausreichende Gelegenheit dazu benutzen würden, sich zu verabschieden.“

Als die sozialdemokratischen Vertreter gestern auf diese Vermutungen hin befragt wurden, erklärte der fraktionsvorsitzende Dr. Breitscheid, daß sie nicht die Absicht hätten, die Koalition zu verlassen, sondern nach wie vor bereit wären, an der Verantwortung teilzunehmen und dementsprechend sich auf die finanzielle Regelung einzustellen.“ (!)

Die SPD. hat also bereits von vornherein ihre grundsätzliche Zustimmung zu den neuen Massensteuern, die die Grundlage der Ueberwälzung der Young-Lasten auf die Arbeiterschaft ist, gegeben. Sie ist einverstanden damit, daß die Preise für Kaffee, Tee, Bier, Tabak und vieles andere mehr in die Höhe getrieben werden, während die Preise der Lebensmittel für die Reichen fallen, Weine und Ausern billiger für die Prasser zu haben sind. In welsch drohende Mähdiese Steuern gerückt sind, geht daraus hervor, daß die Zentrumspartei ihre Zustimmung zu den Young-Gesetzen von der Festlegung der Finanzreform, die die Steuer vorzieht, abhängig machen will. So wie die SPD. in allen Fragen die Interessen der Werktätigen für die Ministerstühle opfert, ist sie auch diesmal bereit, allen Wünschen der Bourgeoisie auf Massenbesteuerung und Ausweitung der Arbeiterschaft nachzukommen, damit die Hungerkoalition erhalten bleibe. Diese Koalitionsregierung gilt es mit allen Mitteln zu bekämpfen, um ihre Hungerpläne zu durchkreuzen!

Brandler-Cump als Verleumder verurteilt

Im März vergangenen Jahres wurde der Brandler-Neuezeit Triebel, Duisburg, aus der Partei ausgeschlossen. Er war es, der unter anderem seiner Zeit als Führer der SPD-Stadtpartei in Duisburg einen Tag vor den Beratungen die Mandatsniederlegung fast der gesamten Fraktion inzeichnete, so daß die Duisburger Arbeiterschaft bei diesen wichtigen Beratungen keine Vertretung im Stadtparlament hatte.

In dem konterrevolutionären Brandlerblättchen „Klassenkampf“ ließ Triebel dann im Juni 1929 einen Artikel erscheinen, in dem er unsere Presse der Korruption und insbesondere den Genossen Siefang, als verantwortlichen Redakteur, der Bestechung und Unterschlagung beschuldigte.

Die KZ. Ruhrgebiet hatte sich auf Antrag des Genossen Siefang sofort mit dem Fall beschäftigt und festgestellt, daß es sich hier um eine freche Verleumdung der Triebel und Konjorten handelte. Dem Genossen S. wurde von der Parteileitung gestattet, den Verleumder Triebel vor das bürgerliche Klassengericht zu zitieren, damit er den Beweis für die erhobenen Beschuldigungen antreten konnte.

Vor einigen Tagen fand nun vor dem Duisburger Schöffengericht eine Verhandlung statt, die ergab, daß Triebel in keiner Hinsicht für seine frechen Verleumdungen den Beweis antreten konnte. Wehleidig kammelte er vor dem Klassengericht, daß er durch die Angriffe der KPD-Presse von den Duisburger Arbeitern bedroht wurde, weshalb er bei der Polizei habe Schutz suchen müssen.

Der bisherige Gesandte der Sowjetunion in Mexiko hat sich infolge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern nach Beratung begeben, um sich nach der Sowjetunion einzuschiffen.

Neuer Immunitätsraub an KPD.-Abgeordneten

SPD. setzt Aufhebung der Immunität durch

In einer Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Reichstages vom Montag, dem 10. Februar, wurde erneut die Aufhebung der Immunität einiger kommunistischer Abgeordneter beschlossen.

Der Genosse Blenkle wird beschuldigt, durch einen Artikel in der „Jungen Garde“ mit der Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“, die Arbeiterschaft zu Gewalttätigkeiten aufgefordert zu haben. Es war charakteristisch, daß ausgerechnet der Sozialdemokrat Hellmann wieder als Scharfmacher für die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten auftrat.

Der Genosse Ströbel soll am 13. Dezember in einer Erwerbslosenversammlung in Stettin Ausführungen gemacht haben, welche eine Auffregung zum Massenhaß und zur Gewalttätigkeit darstellten. Der Denunziant ist in diesem Falle ein Polizeibeamter, der als Verkehrsinspektor in der Nähe stand.

Der Ausschluß bezieht sich auf die Aufhebung der Immunität für die Sommerferien.

20 Millionen Steuergelder für Roggen-„Magazinierung“

Massenvernichtung von 100 000 Tonnen Brotgetreide oder 600 000 Broten.

Der Reichsernährungsminister beabsichtigt, unter Billigung der gesamten Regierung weitere 20 Millionen Mark für die Stützung der Roggenpreise „bereitzustellen“. Sie dienen zum Ankauf von Brotroggen im Umfange von etwa 100 000 Tonnen, die in den Speichern so lange „magaziniert“, d. h. gelagert werden sollen, bis sie zu höherem Preise einmal verkauft werden können. Praktisch bedeutet dies, daß der größere Teil dieses Brotgetreides dem Verderben preisgegeben und auf Staatskosten für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht, ja, sogar völlig vernichtet wird.

Hunderttausend Tonnen Roggen, das entspricht ungefähr 600 000 Broten! Ein gewaltiger Berg von dem wichtigsten Nahrungsmittel, das Millionen von Arbeitslosen und Kindern fehlt und auf Staatskosten vernichtet wird. Dabei sind 100 000 Tonnen im Verhältnis zu dem bestehenden Getreideüberschuß nur eine relativ geringfügige Menge, so daß noch weitere Stützungsmaßnahmen für den Roggenwucher zu erwarten sind. Wie lange noch werden die Proleten sich dieses provokatorische Hungerregime, das ihnen immer mehr Lasten aufbürdet, um dadurch den Lebensmittelwucher noch besser organisieren zu können, gefallen lassen?

Der einzige Weg zur Zerreißung der Young-Ketten

Genosse Thälmann wird im Reichstag zu den Young-Gesetzen sprechen

Heute mittag beginnt im Reichstag die Debatte zur ersten Lesung der Young-Gesetze. Die Regierung beabsichtigt, nach einer Erklärung des Reichsaussenministers Curtius noch am heutigen Tag in die Debatte einzutreten.

Für die Behandlung des Slavenengesetzes in erster Lesung sind nur wenige Tage vorgesehen. Die Regierung will vermeiden, daß die schändlichen Pläne der Hungerregierung, die den Young-Plan auf Kosten der Arbeiter durchzuführen entschlossen ist, allzu lange im Reichstagsplenum von der kommunistischen Partei unter Trommelfeuer genommen werden. Deshalb soll die Weiterbehandlung sofort an einen Ausschuß abgegeben werden. Zucht vor der Entlassung durch die Kommunisten ist es der erste Schritt, was die Regierung veranlaßt, die Young-Gesetze mit solcher Eile im Reichstag durchzuführen. Aber die da glauben, der Abrechnung von Seiten der Kommunisten entgegen zu treten, werden eines anderen Beschlusses werden.

Bereits heute, spätestens morgen, wird Genosse Ernst Thälmann in einer umfassenden, grundsätzlichen Rede die Feinde der deutschen Arbeiterschaft, die das deutsche Proletariat auf Jahrzehnte hinaus an das in- und ausländische Kapital verkaufen möchten, von der Tribüne des Reichstages aus an den Pranger stellen. Er wird den Weg aufzeigen, auf dem allein die deutsche Arbeiterschaft zur Befreiung vom Slavenengesetz marschieren kann, den Weg der proletarischen Revolution.

Die Stimme der kommunistischen Partei wird in die Betriebe und Schächte dringen, sie wird die Arbeiterschaft anfeuern, den russischen Bolschewiki nachzusehen, die die Slavenverträge ihrer Ausbeuter nicht höher achteten, als einen Fetzen Papier. Mag die SPD. wegen der übrigen Parteien der Bourgeoisie, die Slavenengesetze dekretieren! Der ganze Arm des revolutionären Proletariats wird die Ketten unerschütterlich zerreißend.

Oberschlesien

Die Kommunisten für die Bergarbeiter

Anträge der kommunistischen Landtagsfraktion

Zur Beratung des Haushalts der Bergverwaltung für das Jahr 1930 hat die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtage folgenden Antrag im Interesse der Bergarbeiter gestellt:

Her mit der Sechsstundenschicht!

- a) Festlegung der Sechsstundenschicht für alle Arbeiter unter Tage, sei es im Steinkohlen-, Erz- oder Salzbergbau.
- b) Als Schichtzeit muß die Zeit gelten, die der Bergarbeiter unter Tage zu verbringen hat.
 Nebenarbeit oder längere Arbeit darf nur zugelassen werden zur Rettung von Menschenleben oder zur Verhinderung von Grubenunfällen.
- c) Vor Betriebspunkten mit einer Wärme von 28 Grad und mehr darf die Schichtzeit 5 Stunden an einem Tage nicht überschreiten.
- d) Für jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren ist jegliche Untertagearbeit zu verbieten.

Hilfe bei Stilllegungen

Das Staatsministerium wird ersucht:

1. Solchen Gemeinden, die durch Zechen-Stilllegungen einen besonders starken Steuerausfall haben, und bei der soigen Zusammenführung der Einwohner nicht in der Lage sind, den Einwahmehausfall durch Besitzsteuern zu decken, durch eine Sonderregelung Staatsmittel zur Verfügung zu stellen mit der ausschließlichen Anweisung, daß diese finanzielle Hilfe des Staates ausschließlich für die Befriedigung der besonderen Notlage der Arbeiterbevölkerung verwendet werden dürfen.
2. Die Grubenarbeiter, die durch Stilllegung von Zechen gezwungen sind, Arbeit in einem von ihrem Wohnort weit abgelegenen Bergbaubetrieb anzunehmen und dadurch außer durch den Zeitverlust auch noch größere Ausgaben durch Fahrkosten haben, dadurch zu unterstützen, daß nach Vereinbarung mit den in Frage kommenden Kommunalverwaltungen Verkehrsmittel geschaffen werden, die es diesen Bergarbeitern ermöglichen, unentgeltlich und schnell ihre neue Arbeitsstätte zu erreichen.

Hinweg mit den Cantimen!

Das Staatsministerium wird ersucht, durch Gesetz oder bergpolizeiliche Verordnung anzuordnen, daß

1. Die Aufsichtsbefugnisse der Bergwerke durch die Aufsichtsbefugnisse der Bergwerke nur nach festen, im voraus zu bestimmenden Monatslöhnen entlohnt werden;
2. Kündigungen und Entlassungen von Grubenbeamten, die für die Durchführung von bergpolizeilichen Vorschriften verantwortlich sind, durch die Bergunternehmer oder Betriebsleiter nicht erfolgen können.
 Solche Grubenbeamten dürfen nur dann entlassen werden, wenn das Oberbergamt und die Grubensicherheitskommission des betreffenden Oberbergamtes die Genehmigung zur Kündigung oder Entlassung erteilt haben.

Mindestforderungen der Bergarbeiter

Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung und im Reichsrat dahin zu wirken, daß bei dem in Vorbereitung befindlichen Bergarbeitergesetz folgende Mindestforderungen der Bergarbeiter erfüllt werden:

1. Verbot jeglicher Akkord- und Gehingearbeit wegen der damit verbundenen erhöhten Unfallgefahr;
2. gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes für die unter besonderen Gefahren arbeitenden Hauer;
3. daß jedem Bergmann, der fünf Jahre Grubenarbeit unter Tage verrichtet hat, ein Urlaub von mindestens vier Wochen in jedem Jahr, wie er jedem Beamten und Angehörigen gewährt wird, gesichert ist;
4. daß für alle jugendlichen Arbeiter auf Bergwerken ein Urlaub von mindestens vier Wochen im Jahre festgelegt wird;
5. daß den Betriebsräten das volle Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, insbesondere, daß Arbeiterentlassungen oder Entlassungen nur mit der Zustimmung des Betriebsrates erfolgen dürfen.

Rechte der Grubenkontrolleure

- a) Für jede Grube mit einer Belegschaft bis zu 2000 Mann muß ein Grubenkontrolleur gewählt werden. Bei größeren Belegschaften ist ein zweiter entl. dritter Grubenkontrolleur zu wählen, so daß auf je 2000 Arbeiter ein Grubenkontrolleur entfällt.
- b) Die Wahl der Grubenkontrolleure muß durch Stimmzettel in geheimer Abstimmung auf den einzelnen Gruben erfolgen. Wahlberechtigt müssen alle Arbeiter, die auf der betreffenden Grube beschäftigt sind, sein.
- c) Wählbar zu Grubenkontrolleuren sind nur Bergarbeiter, die mindestens zehn Jahre im Bergbau beschäftigt sind und mindestens fünf Jahre Hauerarbeit verrichtet haben. Die Wahlzeit beträgt zwei Jahre.
- d) Die Grubenkontrolleure müssen das Recht haben, alle Grubenteile jederzeit zu besichtigen und sie auf die Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften zu prüfen. Ihnen obliegt auch die Überwachung der Arbeitsmethoden.
- e) Bei Feststellung von Mängeln in der Grube oder an einzelnen Betriebspunkten muß der Grubenkontrolleur die Berechtigung haben, den betreffenden Betriebspunkt bzw. die ganze Abteilung sofort stillzulegen bis zur Abklärung der Mängel.
- f) Betriebsleiter, die den Anordnungen eines Grubenkontrolleurs nicht nachkommen, und dadurch den Tod eines Bergarbeiters oder eine Schädigung der Gesundheit eines Bergarbeiters verschulden, müssen mit einer Strafe von mindestens einem Jahr Zuchthaus bestraft werden.
- g) Bei Feststellung von geringeren Verstößen gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen muß der Grubenkontrolleur das Recht haben, selbständig Geldstrafen gegen die Betriebsleitung zu verhängen.

h) In allen Fällen müssen die Grubenkontrolleure die Rechte der Beamten der Staatsanwaltschaft haben, insbesondere müssen sie das Recht haben, selbständig Klage zu erheben und am Gericht als Kläger aufzutreten.

Olelwitz

Fünfzehn Jahre Zuchthaus wegen Totschlags

Olelwitz, 10. Februar. Eine erschütternde Liebestragödie beschäftigte das Schwurgericht in zweitägiger Verhandlung gegen den Grubenarbeiter Raimund Poinisch, der des Mordes an seiner Geliebten, der jugendlichen Elisabeth Slonizki, angeklagt war. Man fand das Mädchen am 28. April 1929 in der Nähe des Schwarzen Weges zwischen Hindenburg und Mikulschitz erschossen auf. Als Täter wurde Poinisch in Berlin verhaftet, wie er dort eben seine Tochter in der Schule besuchen wollte. Er bestritt den Mord; das Mädchen habe ihm plötzlich in die Tasche gegriffen, den Revolver herausgezogen und sich an die Stirn gesetzt; als er ihn wegreißen wollte, sei der Schuß losgegangen und das Mädchen tot umgefallen. Er schleppte die Leiche dann über 300 Meter ins Feld, und schrie an die Mutter des Mädchens eine Karte, in der er betonte, die „Elt habe es gewollt“. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mordes die Todesstrafe. Das Schwurgericht erkannte wegen Totschlags und unbedingten Waffenbesitzes auf fünfzehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Ein hartes Urteil. Man denke an den Stolberg-Prozess.

Hindenburg

Kind von der Straßenbahn tödlich überfahren

Hindenburg, 10. Februar. Im Stadtteil Zaborze wurde das dreijährige Tochterchen des Dominialarbeiters Paul Materla in Groß-Gültz von der Straßenbahn überfahren, als es einen Augenblick seiner Tante auf einem Spaziergang entlaufen war. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß es nach kurzer Zeit verstarb.

Beuthen

Betriebsfaschismus wütet

Die Entlassungen im ober-schlesischen Bergbau sind an der Tagesordnung, so auch auf der Hohenzollerngrube. Die Bergarbeiter aus Polnisch-Oberschlesien werden auch entlassen. Wenn die betreffenden Bergarbeiter aus Polnisch-Oberschlesien der Entlassung entgegen wollen, so sollen sie dem Stahlhelm 10 Mark spenden. Einige Arbeiter gingen auch an den Steiger Gräupner, der Führer vom Stahl-

Nach den Statistiken des Grubensicherheits-Amtes im Preussischen Ministerium ist festgestellt, daß allein im Jahre 1929 im preussischen Bergbau Untertage, im Tagebau und Ubertage 128 661 Unfälle zu verzeichnen waren, von denen 1120 tödlich verließen. Das beweist, daß die Sicherheitsmaßnahmen von den Bergbehörden in straflicher Weise vernachlässigt wurden. Von den 128 661 Unfällen im preussischen Bergbau ereigneten sich insgesamt 108 678 Untertage. Von den 1120 Todesfällen ereigneten sich 924 Untertage. Die Anträge der KPD-Landtagsfraktion wollen den schlimmsten Umständen zu Leibe rücken, und es ist Aufgabe der gesamten Bergarbeiterschaft, die Anträge der KPD-Landtagsfraktion in Betrieb und Gewerkschaft mit allen Kräften unter Führung der revolutionären Opposition zu unterstützen.

helm ist, heran. Der Stelger wies die Arbeiter an die Geschäftsstelle des Stahlhelms.

Kollegen! Zusammenstehen und gegen den Betriebsfaschismus eine Abwehrfront bilden, das ist jetzt unsere Aufgabe.

Hohenzollerngrube

Die Hohenzollerngrube hatte früher zwei Schächte zu der Seilfahrt, jetzt wird nur ein Schacht zur Seilfahrt benutzt.

Die Seilfahrt findet nur von 6.30 bis 7 Uhr statt, infolgedessen ist es den Bergklumpen nicht möglich, zur Verlesung zuzukommen. Der Oberhauer Mantay brüllt die Leute an und sagt, wer nicht zur rechten Zeit kommt, der kann einen Ausfahrzettel bekommen und gleich die Papiere holen.

Was sagt der Betriebsrat dazu? Dort sind nur christliche und sozialfaschistische Betriebsräte.

Kollegen, trefft Vorbereitungen für rote Betriebsrätewahlen!

Junger Kumpel verunglückt

Zur Nachtschicht von Mittwoch zu Donnerstag (vom 5. zum 6. Februar) ereignete sich auf der Beuthener Grube ein schwerer Unfall. Beim Transport eines Motors (Untertage) kam ein Zimmerlehrerling mit seinem Ohr in Berührung mit der Stromleitung. Er erhielt einen kräftigen Schlag, so daß er hinfiel und der Motor seine beiden Oberschenkel zerschmetterte.

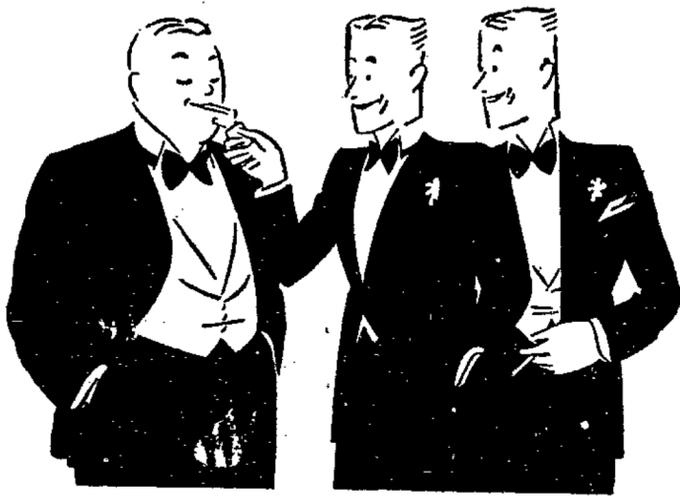
Kollegen, wehrt euch gegen die neue Nationalisierungswelle! Schützt Leben und Gesundheit durch revolutionären Kampf gegen die Ausbeuter!

Oppeln

Zustände auf dem Falkenberger Platz

Es wäre gut, wenn die Herren vom Magistrat, die zuständig für die Straßenverwaltung sind, sich einmal um den Falkenberger Platz bemühen würden. Die dürfen aber nicht vergessen, sich hohe Gummistiefel anzuziehen, denn sonst besteht die Gefahr, daß sie im Dreck erkaufen, so groß ist der Dreck auf dem Falkenberger Platz. Da es aber dort viel Arme gibt, die sich keine Stiefeln kaufen können, empfehlen wir dem Magistrat, umgehend mit einer Stiefelfabrik in Verbindung zu treten, damit er in der Lage ist, den Bewohnern des Falkenberger Platzes Stiefeln zu liefern. Denn sonst muß bei Gelegenheit die Feuerwehr alarmiert werden, damit sie die dortigen Bewohner aus dem Dreck herauszieht.

Eine Bewohnerin vom Falkenberger Platz.



Es müssen nur die Richtigen kommen...

Gereifte Herren, die sich der Brasil verschworen, sehen oft in der Cigarette etwas „Leichtsinniges“. Da müssen nur die Richtigen kommen — „Eckstein-Halpaus“. Sie finden im richtigen Augenblick das richtige Wort, und...

der alte Herr probiert wenigstens einmal die Ulmenried — zunächst zögernd, angenehm überrascht — schließlich begeistert! — Nur kein Vorurteil, was gut ist, überzeugt!

ULMENRIED 5 Pfg.



Waldenburger Bergland

46 Prozent unter Tarif!

Wählt revolutionäre Vertrauensleute und Betriebsräte!

Nach dem bisher gültig gewesenen Lohnsatz für den niedrigen Waldenburger Bergbau beträgt der Durchschnittslohn 7,10 Mark. Nach einem Bericht des Gewerkschaftsbürokraten Hoffmann haben die Arbeiter dieser 7,10 Mark pro Schicht nicht gehabt. Von 6044 Kohlenbauern hatten nach Hoffmanns Bericht verdient gehabt:

- 2 Mann — 6 Mark und darunter,
- 40 Mann — 6 bis 6,25 Mark,
- 88 Mann — 6,25 bis 6,50 Mark,
- 361 Mann — 6,50 bis 6,75 Mark,
- 1089 Mann — 6,75 bis 7,00 Mark,
- 1630 Mann — 7 bis 7,25 Mark.

Nun soll nach dem Schiedspruch, dessen Verbindlichkeitserklärung die Unternehmer beantragt haben, keinerlei Lohnerhöhung eintreten.

Dagegen gilt es den Kampf zu organisieren!

U.-L.-L.-Kundgebung

Am Sonnabend und Sonntag finden zwei weitere Lenin-Lieblich-Lugenburg-Kundgebungen statt. Sonnabend, 15. Februar, für die Ortsgruppen Hermsdorf und Waldenburg in Waldenburg, Lokal zum „Befehl“. Auffang um 18,30 Uhr, Anfang 19,30 Uhr.

Sonntag, 16. Februar, veranstaltet vom Internationalen Bund, in Gottesberg, Lokal „Schützenhaus“. Anfang 19 Uhr.

Landeshut

Erst für, dann gegen

Bei der Wahl der Amtsvorsteher in der letzten Kreisversammlung war es der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Schiller, welcher gegen die Wiederwahl des bisherigen Amtsvorstehers Dpik in Schwarzwalde in der Sitzung auftrat mit der Begründung:

„Wenn Sie (nach rechts) einen unfähigen Menschen als Amtsvorsteher wählen wollen, der seine Amtsgeschäfte im Straßengraben abwickelt, dann wählen Sie Dpik. Daraufhin wurde dann nach einer Vertagung auf zehn Minuten der Sozialdemokrat Gemeindefretär Scharf gewählt. Woher die Wandlung der Sozialdemokraten, die vor zehn Jahren den schwerkranken Dpik selbst empfahlen und wählten? Nun, einfach daher, weil Dpik sich nicht mehr an

die Sozialdemokratie gebunden betrachtete. Um aber dem Scharf, der als Kreisdeputierter bei der Wahl durchfiel, den materiellen Verlust auszugleichen, ihm zu dem ohnehin ausreichenden Gehalt als Gemeindefretär noch einen Extraverdienst von jährlich 1200 Mark zuzuschlagen, griff man zu der übertriebenen Gerabehung der Person des schwerkranken Dpik. Doch ein Schiller kam auch an der Hand. Ihm werden die in der bürgerlichen Presse gegen seine Spezialfreunde Fehner und Krause in moralischer Beziehung erhobenen Angriffe sehr gut bekannt sein. Wird er als „aufstrebender“ und „ehrliebender“ Mensch in gleichen Fällen auch so behandelt? Wir sagen nein. Schiller, Krause und Konforten, sie sind der richtige Typ der Führung einer Partei, welche nur darauf hinausarbeitet, einigen Wenigen ein angenehmes Leben zu ermöglichen auf Kosten der Arbeiterklasse. Darum, Arbeiter! Wendet euch ab von einer Partei, deren Führung moralisch auf den Hund gekommen ist, welche euch bei jeder Gelegenheit verraten und verkaufen.

Hilfe den Kapitalisten — Ausschluß der Opposition

So machen es die Gewerkschaftsbürokraten — Kühns diktatorisches Auftreten im Fabrikarbeiterverband Freiburg

A. A. Die Freiburger Mitgliedschaft des Fabrikarbeiterverbandes forderte von der Bezirksleitung die Abhaltung einer Versammlung mit dem Thema: „Wie gedenkt uns die Gewerkschaft aus diesem Wirtschaftskrisenjahr herauszuführen?“ Die Versammlung wurde für den 6. Februar festgesetzt. Wer aber hoffte, ein solches Referat zu hören, fand sich im Irrtum. Statt dessen kam der Bericht von der Verbandssitzung in Hannover. Dieser Bericht war bezeichnend. Will doch die Gewerkschaftsbürokratie sich dafür einsetzen, die deutsche Wirtschaft wieder in die Höhe zu bringen („an-kurbeln“). In der Diskussion meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort. Sie drachten zum Ausdruck, daß sie an dieses Märchen nicht glauben, da doch die Wirtschaft schon zwölf Jahre lang angelockert worden ist und scheinbar dabei die Kurbel abgedreht ist. Erwähnenswert wäre noch der Punkt Verschiedenes. Die Kollegen stellten den Antrag auf Entsendung eines Delegierten zum Oppositionskongress nach Breslau. Bezirksleiter Kühn erkannte den Antrag nicht an, da er nach seiner Meinung „statutenwidrig“ wäre. Er erklärte mündlich:

„Der Kollege, welcher fahren will, soll von selbst aus dem Verbandsrat austreten, da er sonst herausgeschmissen wird.“

Da die Kollegen auf der Abstimmung über den Antrag bestanden, schloß der Bezirksleiter Kühn kurzerhand die Versammlung. Eine Delegation des Waldenburger Diktators war vollbracht. Da die noch anwesenden Kollegen das Versammlungslokal nicht verlassen wollten, ohne das eine Delegation zum Kongress nach Breslau gewählt war, wurde der „Meine Mussolini“ aufgeföhrt, die Tür zum Versammlungszimmer von draußen zuzumachen. Kurz darauf hatte Bezirksleiter Kühn es „eilig zur Bahn“.

Kollegen, so sind sie, die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten: Den Kapitalisten wollen sie durch „Ankurbelung der Wirtschaft“ helfen. Die oppositionellen Kollegen, die wertschöpfen, energische Kämpfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu organisieren, schließen sie aus. Wir fordern alle Kollegen auf, sich der Opposition anzuschließen, nur so ist es möglich, erfolgreiche Kämpfe der Arbeiterschaft zu organisieren.

Bei den kommenden Betriebsrätemahlen wählt nur Opposition!

Frau genügt; ihrem neuen Freund nacheinander fast 400 Mark zu „leihen“. An anderer Stelle erschwindelte er noch 10 Mark. Das Liegnitzer Schöffengericht erkannte wegen Betruges auf drei Monate eine Woche Gefängnis.

Niederschlesien

Görlitz

Generalversammlung des Int. Bundes

In Anwesenheit des zur Kur weilenden 1. Vorsitzenden eröffnete der 2. Vorsitzende die ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Tätigkeitsbericht; a) Vorstand, b) Beratungsleitung; 3. Kassenbericht; 4. Neuwahlen des gesamten Funktionärkörpers; 5. Stiftungsfest; 6. Verschiedenes.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas der Vorsitzende zwei Geschäftsberichte, an die sich eine lebhafte Aussprache angeschlossen. Besonders der 4. Punkt des Kundensprechens über Rußlands Sozialdemokratische Organisation zeigte starkes Interesse und wurde den Mitgliedern an das Herz gelegt, davon vielfach Gebrauch zu machen. Ueber die Tätigkeit des Vorstandes wurde bekanntgegeben, daß im verflochtenen Jahr 12 Monatsversammlungen sowie 14 Funktionärsitzungen mit leidlicher Besichtigung stattgefunden haben. Außerdem sind vier Mitglieder durch den Tod entfallen, die durch Erheben von den Plätzen geehrt wurden. Der Bericht der Beratungsstelle wurde vom Kassierer gegeben. Wir können bei den Vertretungen vor den Spruchinstanzen (3 Prozent Erfolge verbuchen). Ein großer Fehler vieler Mitglieder ist es, nicht genügend Material von arztlichen Gutachten heranzubringen. Hieran schloß sich eine Aussprache und wurde aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, den zwei Beratungsleitern als kleine Anerkennung je 30 Mark zu überweisen, was einstimmig angenommen wurde. Der Kassenbericht schloß mit einem Bestand von 50,13 Mark ab. Die Kassenbuchkontrolle unserer Ortsgruppe wird auch mit die beste sein im Punkte reifizierender Beiträge, was auf einen unermesslichen Unerschütterer schließen läßt. Zum 4. Punkt, Neuwahlen, wurde der 1. Vorsitzende Hoffmann wiedergewählt, und da der 2. Vorsitzende das Amt wegen Arbeitsüberlastung nicht wieder annahm, so kam Genosse Liebelt an dessen Stelle. Die übrigen Funktionäre wurden mit einer kleinen Veränderung wieder neu gewählt. Dem scheidenden 2. Vorsitzenden wurde für seine unermessliche Arbeit und Geschäftsführung der Dank der Versammlung ausgesprochen.

Ueber die Verhandlungen und Ausführung zum 10. Stiftungsfest, das Sonnabend, den 1. März, im Gasthaus „Stadt Prag“ stattfand, gab der Kassierer Kenntnis. Unter „Verschiedenes“ wurden einige interne Sachen besprochen.

Lokantio verbrannt. Auf der Brückenstraße fuhr ein Hirschberger Lokantio gegen einen Ökonomie, wobei der Benzintank in Brand geriet. Das Auto verbrannte zum großen Teil, während sich die Insassen retten konnten.

Sagan

Der Tod auf den Schienen

Bei der Unterführung der Bahnstrecke Sagan-Malmitz kam ein völlig verblutete Leiche eines Mannes, der sich vor den Zug gemorren hat. Die Personalisten gehen noch nicht fest. Der tote hatte nur drei Pfennig (!) bei sich.

Hagnau

Betriebsstilllegung

Am Montag wurde die Hagnauer Mollschleife mit circa hundert Mann Belegschaft bis auf unbekanntes Zeit stillgelegt. Auch ein „Erfolg“ des sozialfaschistischen Wirtschaftskrisenjahres und eine der übelsten Auswirkungen der kapitalistischen Nationalisierungs- und Young-Plan-Methoden.

Liegnitz

Verzweigungs-drama auf den Schienen

Im Walde zwischen Pargowitz und Bielwieje überfuhr am Sonntag der um 23 Uhr von Liegnitz nach Steinau fahrende Personenzug der Sagan-Malmitz-Eisenbahn den 60-jährigen Stellen-Schreiber Wolf aus Bielwieje. Er hatte hinter einer Bahnwärterhütte versteckt gewartet und sich vor den heranbrausenden Zug gehorrt. Er blieb bewegungslos mit zerfahrenem rechten Fuß, schwer verletzter Hand, einer Gehirnerschütterung und schweren inneren Verletzungen liegen. In hoffnungslosem Zustand wurde er ins

Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Steinau gebracht. An derselben Stelle hatte sich ein Jahr zuvor ein junges Mädchen überfahren lassen.

Der Herr „Seeoffizier“ als Heirats-schwindler

Im Dezember 1928 lernte der Vertreter Horst Sch. hier eine verheiratete Frau kennen. Obwohl er selbst verheiratet war, erzählte er ihr, er sei ehemaliger Seeoffizier und befinde sich in sehr guten Vermögensverhältnissen. Seine Braut sei kurz vor der Hochzeit gestorben, und er sei nicht abgeneigt, nun sie zu heiraten. Nach diesen Vorspiegelungen zeigte sich die offenbar nationale, liebebedürftige

Oppositionsieg bei den Bunzlauer Bauarbeitern

Bezeichnend für die Entwicklung der Bauarbeiter war die Generalversammlung der Zahlstelle am Sonntag. Schon der ungewöhnlich starke Besuch, 105 gegen sonst übliche 17—20 Mitglieder, bewies, daß an der Besetzung des Vorstandes großes Interesse vorhanden war. Im Verlauf der Debatte kam so recht die Unzufriedenheit der Kollegen mit der Politik der Verbandsleitung zum Ausdruck. Darum ist auch der Ärger des Angestellten und seines Anhangs über den Wahlausgang so recht verständlich. Trotzdem von dieser Seite alles herangezogen war, was sich sonst das ganze Jahr nicht um Gewerkschaftsarbeit kümmert, mußten diese Leute eben doch die Niederlage einstecken. Hoffen wir, daß die Kollegen auch weiterhin solch intensiven Anteil an der Gestaltung der Geschichte ihrer Organisation nehmen.

Die Tagesordnung sah vor: Geschäftsbericht, Vorstandswahlen und Geschäftliches. Im Geschäftsbericht sprach Sekretär Brand von viel „Enttäuschung“ durch das vergangene Jahr. Wohl sind 6 Pf. Lohnerhöhung herausgekommen, aber dafür ist der Lebensbedarf viel höher. Durch Arbeitsgerichtsurteil sind für die Kollegen 1930 Mark herausgeholt worden. Erwähnt wurde das oft unsozialistische Verhalten der Facharbeiter gegenüber den Bauhilfsarbeitern. Bezeichnend für die wahren Gründe der Arbeitslosigkeit ist der Versuch der Unternehmer, die Werkmaurer nach dem Rufer der Siegersdorfer Werke zu bezahlen. Hier erhalten dieselben nur 89 Pf. Stundenlohn, also Entlohnung unter Tarif. Trotzdem noch eine ganze Reihe von unterorganisierten Bauarbeitern vorhanden ist im Gebiete der Bau-gewerkschaft Bunzla.-Hagnau, ist nur ein Zuwachs von 14 Mitgliedern zu verzeichnen. In dem Raumburger Gebiet wird weit unter Tarif mit längerer Arbeitszeit geschuftet. Die Arbeitslosigkeit bekommen die Bauarbeiter ganz besonders zu spüren. Ein großer Teil hat nicht erst seine 26 Wochen erreicht, ein erheblicher Teil erhält durch die Verschlechterung des Versicherungsrechts wegen

schon geringen Eigenbesitzes und aus anderen Gründen keine Unterstützung. Klar zeigt der Bericht des Angestellten, wie sehr sich die Lage der Arbeiter verschlechtert, trotz Besetzung der Regierungsstellen durch „Arbeitervertreter“.

In der Diskussion betonte Genosse Gabel, daß diese Verschlechterung durch die Kommunisten vorausgesehen wurde. Die kapitalistische Welt ist zum Untergang verurteilt und versucht sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung am Leben zu erhalten. Gerade unter der Regierungsbeteiligung der SPD ist den Erwerbslosen die längliche Unterstützung noch mehr beschnitten worden. Der Hinweis auf den „Erfolg“ vor den Arbeitsgerichten bezweckt nur, den Kampfgeist der Arbeiter zu schwächen. Als Lohnforderung stellt Genosse Gabel 20 Pf. auf. Genosse Stusche ergänzte in trefflicher Weise diese Ausführungen. Ein anderer Kollege sagte: Es wäre Zeit, daß auch unsere Angestellten unter Sonderfürsorge kämen. Noch von verschiedenen Kollegen kam der Unwille zum Ausdruck, so daß eine ausgedehnte Debatte entstand.

Bei der Vorstandswahl erhielt Genosse Stusche 55 Stimmen gegen Winter (SPD) mit 46 Stimmen. Gewählt sind beide als erster bzw. zweiter Vorsitzender. Zum ersten Schriftführer wurde Genosse Gabel mit 55 Stimmen gegen den bisherigen ersten Schriftführer Rothhirsch (SPD) mit 50 Stimmen gewählt. Beide Oppositionskandidaten sind somit in den Ortsauschuß delegiert, bisher war das nur ein Genosse.

Unter Geschäftliches wurde die Abhaltung der Bezirksversammlung mit 28 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Angeblich will man sparen. Außerdem wurden noch einige Anfragen behandelt.

Nächsten Dienstag, den 11. Februar, findet im „Bolschause“ die Generalversammlung des Verbandes für Freibertum und Feuerbestattung statt. Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist eine rege Beteiligung notwendig.

Stadttheater

Schweidnitz

Dienstag, 11. Febr.

8 Uhr

Katharina Knie

Donnerstag, 13. Febr.

8 Uhr

Katharina Knie

Freitag, 14. Februar

8 Uhr

Die Fiedermans

Sonntag, 16. Febr.

nachm. 1/4 Uhr

Die Kallieris

abends 1/8 Uhr

Schreibmaschinen

neu und gebraucht. In jeder gewünschten Preislage — auch auf Teilzahlung

MAX ARNOLDT

Generalvertretung der KAPPEL-Schreibmaschine

Eigene Reparaturwerkstatt

Breslau 5, Freiburg-er Str. 36

Das Postamt und die SPD.

Paragrafen sind eine schöne Sache, wenn man sie den Proleten so wuscheln die Sinne werfen kann. Aber Paragrafen sind mitunter unerhörtlich und wenden sich gegen diejenigen, die die Paragrafen geschaffen haben.

Unseren Genossen sei aber trotzdem noch einmal empfohlen, in Zukunft alle für die Bezirksleitung bestimmten Postsendungen an die Adresse: Ernst Wollweber, Breslau, Feldstraße 50, zu adressieren.

Die Meinung eines Parteilosen

Ein parteiloser Jungarbeiter K. A. aus Hundsfeld schreibt uns: In Ihrer Nummer vom 8. Februar schrieb die „Volksmacht“ über den Verlauf der SPD.

Breslauer Behörden rauben Arbeiterkinder

Durch die Polizei aus der Schule geholt, ohne die Eltern zu benachrichtigen — Staatsanwalt begrüßt die Verprügelung von Schulmädchen

Breslau, 11. Februar.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die Jugendfürsorge. Unter dem Deckmantel heuchlerisch vorgeschobener „Sorge um die Jugend“ treiben Personen ihr Handwerk, denen zu ihrer Aufgabe nicht nur jede Befähigung fehlt, sondern die dazu noch dieses Gebiet zum Tummelplatz mittelalterlicher Bigotterei benutzen.

Wir wollen aus dem reichhaltigen uns zur Verfügung stehenden Material nur zwei Fälle herausgreifen:

Bei dem Ehepaar L. auf der Bismarckstraße wurde sieben Jahre lang ein unehelich geborenes Mädchen aufgezogen. Es wurde von den Pflegeeltern wie das eigene Kind behandelt.

und zwar sind Frau und Kind katholisch, während der Mann evangelisch ist. Auf einmal sollte, nachdem es sieben Jahre lang gegangen war, durch diese Religionsverschiedenheit das „Seelenheil“ des Mädchens bedroht sein.

Ist die Wegnahme des Kindes bereits ein schwerer Eingriff in dessen Leben, so wird der Fall dadurch noch schlimmer, daß das Mädchen nunmehr in Hände kam, die glaubten,

durch Prügel ihre fehlenden Erziehungsfähigkeiten ausgleichen zu können.

Es ist nämlich festgestellt worden, daß die fromm katholischen Pflegeeltern das Kind mit dem Rohrstock mißhandelten. Die vollkommene Nichtbeachtung der neuen „Pflegeeltern“ wurde u. a. bewiesen durch ein Schreiben des gewiß als unparteilich anzusprechenden Falkenberger katholischen Rektors, in dem es u. a. heißt:

„Auf Ihr Schreiben teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich mich sehr gewundert habe über die Unterbringung Ihres Kindes bei der Familie S. Die Tochter ist hier bei der Familie in unrichtigen Stunden, ich kann nur dringend raten, dieselbe so schnell als möglich aus dieser Umgebung zu befreien.“

Infolge der Mißhandlung des Kindes erhoben die früheren Breslauer Pflegeeltern an verschiedenen Stellen Beschwerden. Doch überall wurden sie mit der Begründung abgewiesen, daß sich die Mißhandlungen nicht nachweisen ließen.

„Diese als Pflegeeltern nahm hierauf an der Datscha (so heißt das Kind) die längst gebotene Mäßigung durch Schläge mit einem Rohrstock auf das Gesicht vor.“

Dabei ist festgestellt, daß die Spuren der Mißhandlung noch viele Tage nachher zu sehen waren. Aber daran finden weder Jugendamt noch Staatsanwalt etwas.

Wohl noch standhafter als dieser Fall ist der des Ehepaares B., Gärtnerweg wohnhaft. Diesem wurde am 10. Dezember v. J. die zwölfjährige Stieftochter aus der Schule heraus von einem Polizeibeamten abgeholt, und ohne daß die Eltern benachrichtigt worden wären, nach dem Kinderobdach, Schulgasse, gebracht.

Es soll sich um aufgekauftes Kindergerede handeln. Jedenfalls ist durch einen Arzt festgestellt worden, daß die Behauptung nicht stimmt, und auf dem Mädchen keinerlei Stillschleitsverbrechen begangen worden sind.

Wir könnten die Beispiele unerhörter Uebergriffe der sogenannten Jugendfürsorge noch beliebig vermehren. Doch die geschätzten Leser wollen bereits, wie wenig das Wirken dieser Behörden ihren eigentlichen Aufgaben entspricht.

Putsch der Kommunisten?

Der Aktionsplan der Kommunistischen Partei. Darüber spricht der Landtagsabgeordnete Jean Winterlich-Köln, am Freitag, dem 14. Februar, in den „Zentral-Ballsälen“, Westendstraße 50-52, in einer öffentlichen Versammlung.

Schinken und Eier mit. Der Gesamtwert beläuft sich auf 470 Mark. Die ungebetenen Gäste konnten unerkannt entkommen.

Diese Woche keine Kurse. Da der Genosse Kusländer-Berlin durch wichtige Landtagsverhandlungen verhindert ist, diese Woche nach Breslau zu kommen, fällt der morgige Kursabend, wie im gedruckten Programm bereits angegeben, aus.

Der angekündigte Bericht über das Gespräch mit dem sowjetrussischen Regisseur Turin mußte heute wegen Raummangel zurückbleiben.

„Es läßt sich nichts dagegen machen.“ In der von der SPD einberufenen Erwerbslosenversammlung in Hundsfeld sprach der Sozialist Schiffer. Wie schon ein ausgezeichneter Genosse sagte, war es wirklich schade, daß er sich erst den Weg nach Hundsfeld machte, denn den hiesigen Erwerbslosen ist schon lange bekannt, was sie von diesem Redner zu erwarten haben.

„Nun, Herr „Genosse“, an Ihrem geistigen Ruin läßt sich auch nichts mehr machen, und wir sind der Ansicht, daß Sie eher zu den Zukünftigen gehören, als die Erwerbslosen, denen Sie rieten, es zu tun.“

Stand des „Schichtstättens“. Außer einigen Vorständen waren gestern wenig „Jagden“, was das sensationshungrige Publikum so bestimmte, daß es seinem Verger durch andauernde Pfeifkonzerte Luft machte. Erst gegen Morgen sah es die ganze Angelegenheit humoristisch auf und intonierte Lieder wie „Stille Nacht, heilige Nacht“.

Privatisierung der Straßenbahn?

Die revolutionären Betriebsräte der Breslauer Straßenbahn fordern die Kollegenchaft zu einer Besprechung auf, die heute Dienstag (nicht Montag) um 19 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße, stattfinden wird.

Ein schwerer Verkehrsunfall

ereignete sich gestern, Montag, abend an der Straßenkreuzung Dhlauer- und Poststraße. Ein Privatkraftwagen stieß in voller Fahrt mit einem Motorrad mit Besatzung zusammen.

Achtung, Obleute!

Donnerstag, den 13. Februar, 19 Uhr, findet im „Roten Eisen“, Kupferstraße, eine Obleuteilung statt. Das Erscheinen sämtlicher Obleute ist erforderlich.

Gute Beute holten sich die Täter, die in der Nacht mit Nachschlüsseln durch den Keller in ein Lokal auf der Neuen Gasse einbrachen. Die Beute bestand aus silbernem Besteck und Geschirr, das teilweise mit dem Namen E. Birten & Birten gezeichnet war.

„Der stille Don“

Kosakenroman von Michael Schloglow

Grigorij ließ die Zügel fallen, schlummerte. Es schien ihm, daß nicht sein Pferd die Vorderbeine elastisch bewege und ihn im Sattel schaukele, sondern daß er selber irgendwohin auf einem warmen, schwarzen Pfad gehe, und das Gehen sei so ungewöhnlich leicht, so lödend fröhlich.

Sie ritten über die Landstraße. Einflüßend klang die Stille in den Ohren. Am Rande der Straße dunkelte der reife Daser im Tau.

Ein plötzliches heftiges Dröhnen, das vom Daserfelde her ertönte, weckte ihn. „Man schließt!“ schrie Prochor.

„Angst machte seine Kniebeugen tüde. Grigorij hob den Kopf: vor ihm bewegte sich im Lalt des Pferdebüdens der graue Mantel des Zugführers. Seltwärts mochte das Feld mit dem ungemähren Daser, Lerkhen tanzen über den Telegraphenstangen. In die Abellung kam Leben. Das schwere Kanonenköhnen ging wie ein elektrischer Schlag durch ihre Reihen.“

eleganter Dragoner ritt an der Abteilung vorbei. Der Rittmeister, ein Mann mit rötlichem Schnurrbart, saß auf einem braunen Kaspienpferd, lächelte, sah die Kosaken ironisch an und gab dem Pferd die Sporen. In einer sumpfigen Mulde blieb eine Haubitzenbatterie stehen. Die Führer hieben in die Pferde hinein, die Bedienungsmannschaft mühte sich mit allen Kräften ab.

Ein Infanterieregiment holte die Abteilung ein. Die Soldaten mit den zusammengerohten Mänteln gingen rasch, die Sonne spiegelte sich in ihren blankgeputzten Essgeschen, blitze auf den Spitzen der Bajonette. Der Befreite der letzten Kotte, ein kleiner, aber tollkühner Soldat, warf einen Klumpen Schmutz auf Grigorij und schrie:

„Rang, schmeiß das auf die Desterreicher!“ „Lach keine Späße“, Grigorij zer schnitt mit der Peitsche den Klumpen.

„Grüßt sie von uns, Kosaken!“ „Ihr werdet sie wohl selbst bald sehen!“ Die Offiziere lachten. Der scharfe Geruch der nahen Gefahr machte sie nachsichtiger, brachte sie den Soldaten näher.

Von der Schenke bis zum Dorf Gorowischtschul krochen wie Raupen Infanterieregimenter, Batterien, Sanitätswagen, Train. Man sah die Lobeskatem der nahenden Kämpfe.

Bevor das Dorf Versstichko erreicht war, holte der Regimentskommandeur Kalschin die vierte Abteilung ein. Neben ihm ritt ein Kosakenmajor. Grigorij begleitete die stattliche Gestalt des Majors mit den Hunden und hörte, wie er aufgeregt sagte:

„Auf der Karte ist dieses Dorf nicht vermerkt, Wassilij Maximowitsch, wir können in eine unangenehme Lage kommen.“

Die Antwort des Kosakenkapitäns hörte Grigorij nicht. Der Adjutant galoppierte vorbei. Sein Pferd hinkte mit dem linken Hinterbein. Grigorij schätzte mechanisch den Wert des Pferdes.

In der Ferne, neben dem abschüssigen Hügel, wurden die Hüften

eines Dorfes sichtbar. Das Regiment ritt im Trab. Die Pferde waren merklich in Schwelch geraten. Grigorij tastete mit der Handfläche den dunkelgewordenen Hals seines Braunen ab, schaute sich um.

Rundfunk-Programm

Dienstag, 11. Febr. 15.45: Schulfunkschau für Lehrer. 16.30: Uresden: Helteres Konzert für Bläser. 17.30: Jugendklub: Karl von Holst. 18.00: Königs (Dose). R. Schütte (Marinette). P. Widner (Stern). M. Andenbauer (Kagott). Th. Blumer (Bligel). 17.55: Breslauer Schichtstättens vor der Räumung der Halle. 18.15: Sabazal Dr. Cahid: Die Verhütung und Beseitigung unregelmäßiger Jagdteilung. 18.40: Für die Landwirtschaft. Wettervorherlage für den nächsten Tag. 18.40: Englisch für Anf. 19.05: Wiederholungs- der Wettervorherlage. 19.05: Loni Stummel: Ein Besuch in der Provinzial-Blindenanstalt. 19.30: Seltene Stunde. Mittw. S. Erlendorf (Lenor). Kunstzelle. Kunst-Jag. Dra. 21: Berlin: Arie um Frieden. Hölzlel von Peter Klamm. 22: Berlin: Chetredakteur Käufer: Politische Zeitungschau. 22.45: Mittel, des Verb. Schil. Kunstbör. 23: Intendant Dr. Weber: Auführungen der Schillerischen Bühne.

Mittwoch, 12. Febr. 5. v. v. von Malbaha: Literarische Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. 16.30: Karnaval (Schallplatten). 17.30: Jugendklub: Karl von Holst. Erlebnis eines Breslauer Schülers vor 120 Jahren. Aus den „Wierze Ja-jr.“. 18: Mittel, des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands, Bezirksk. Breslau. 18.15: Domatellm. Dr. Blagitz: Der gregorianische Choral als älteste Quelle des deutschen Kirchenliedes. 18.40: Gleichw: Schürmig: Jugendpflege in anderen oberö. Sportverbänden. 19: Für die Landwirtschaft: Wettervorherlage für den nächsten Tag. 19: Franzl. Unterhaltungsmusik. 20: Wiederholung der Wettervorherlage. 20: Dr. Kellner: Bild in die Zeit. 20.30: Symphonietonart. 21: Dr. Kellner: Grammswert für Bioline und Orgel. — A. Strauß: Lob und Verherrlichung. Imphonon Dichtung. 21: Schil. Philharmonie. Solist: Prof. K. Berber (Violine). 21.40: G. Chälblauer: Kurzeleichen. 22.30: Steuerberater Schellinger: Ermäßigungsmaßnahmen bei der Einkommensteuer. 22.50: M. Dubals: Aufführungen des Breslauer Schauspiel. 23: Breslauer Schichtstättens. Im Witzel der nächsten Nacht.

Straßentämpfe und Streiks auf Korea

Toll, 10. Februar. In den letzten Tagen kam es in Korea zu gewaltigen Massentumulten gegen die japanische Knechtschaft. Überall befinden sich die Arbeiter im Streik. In Südkorea ist ein neuer Schulstreik ausgebrochen. Als die in den letzten Monaten verstärkte und mit neuen Waffen ausgerüstete Polizei anfänglich gewaltiger Demonstrationen die Arbeiter und Studenten angriff, entwidelten sich blutige Straßentämpfe. Wiederholt wurden die Polizeitruppen zurückgeschlagen. Nach Meldungen der Koreanischen Telegraphenagentur sind bis jetzt 78 Personen, darunter viele Polizeibeamte, getötet. Die Polizei nahm in Südkorea wieder mehrere hundert Verhaftungen vor.

Blutige Zusammenstöße auf Korea sind seit einigen Monaten wieder einmal Tagesgespräche. Seitdem am 9. Dezember 1929 anlässlich eines Schulstreiks in Südkorea 900 Schüler verhaftet wurden, brechen Proteststreiks und Massentumulten gegen das japanische Vorkommen auf Korea nicht ab. Bezeichnend für die revolutionäre Entwicklung in Korea ist die Tatsache, daß es sich diesmal nicht wie in den vergangenen Jahren um Attentats- und Aufstandsversuche einzelner Personen han-

delt, sondern um eine organisierte revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter und Bauern.

Nach in Hupeih herrschen Sowjetorgane

Studentendemonstration gegen Nanjing-Regierung

Schanghai, 10. Februar. Die revolutionäre Bauernbewegung in der Provinz Hupeih am mittleren Yangtseckfluß hat in der letzten Zeit große Dimensionen angenommen. Die Macht der Nanjing-Regierung in dieser Provinz besteht gegenwärtig tatsächlich nur in der nächsten Umgebung von Hantau. In den übrigen Bezirken herrschen revolutionäre Arbeiter- und Bauernorgane.

In verschiedenen Stadtteilen von Schanghai fanden große Studentendemonstrationen gegen die Nanjing-Regierung und die mit ihr verbundenen Imperialisten statt. Es wurden dabei zahlreiche Flugblätter verbreitet, in denen die Arbeiter zur Solidarität mit der Unabhängigkeitsbewegung Koreas und Indiens aufgerufen werden. Viele Verhaftungen wurden während der Demonstration vorgenommen.

U.S. schickt Maschinen in die Sowjetunion

In Moskau wurde zwischen dem Landwirtschaftsamt des Moskauer Gebietes (MOSS) und dem Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe ein Vertrag unterschrieben, wonach sich die U.S. bei Übernahme von fast 2000 Hektar Land zur Bewirtschaftung verpflichtete, innerhalb der Jahre 1930/31 für 120 000 Markt ausländische landwirtschaftliche Maschinen und Geräte einzuführen und auf dem Gut zu investieren. Neben anderem muß eine Traktorenstation eingerichtet werden, die mindestens eine aus 17 Traktoren bestehende Kolonne zu enthalten hat. Die Traktorenstation muß innerhalb drei Monaten vollständig eingerichtet sein.

Die U.S. schickt ihre Traktorensammlung ebenfalls mit allem Eifer fort.

Die Streikämpfe in England

London, 8. Februar. Die Arbeiter der beiden Textilfabriken Hawthorne und Smallbrook in Oldham sind gegen Mahregelungen und ein neues Arbeitssystem, durch das die Unternehmer die Entlassung der älteren Spinner und die Aufnahme neuer zu niedrigeren Löhnen vorbereiteten, in den Streik getreten.

Bis jetzt hat sich die Gewerkschaft für den Streik ausgesprochen. Der Unternehmerverband erklärte bei Ausbruch des Kampfes, er würde die Unternehmer durch eine Aussperkung sämtlicher 200 000 Baumwollarbeiter unterstützen.

Da infolge einer Lohnkürzung in allen Betrieben eine erregte Stimmung herrschte, sprachen die Textilarbeiter sich allerdings für den Solidaritätsstreik aus, dessen Proklamierung die Gewerkschaften jedoch hinauszuögern verstanden.

Heute betont die Presse, daß die Unterstützung der Unternehmer nur finanzielle Beihilfe bedeute, und daß eine Aussperkung unwahrscheinlich sei.

Die Tatsache, daß ausgerechnet das Blatt der Labour Party und der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie, der „Daily Herald“, in der Lage ist mitzuteilen, daß eine Aussperkung keinesfalls vor zwei Wochen möglich sei, da erst eine Abstimmung unter den Unternehmern stattfinden müsse, läßt darauf schließen, daß die Gewerkschaftsbürokratie vor dem Streik der Zweihunderttausend inzwischen mit den Unternehmern gefühlhandelt haben. Ob ihnen angesichts der revolutionären Gärung in den Betrieben ihr verführerisches Spiel noch einmal gelingen wird, ist fraglich.

Der Streik der Bauarbeiter in London hat sich bis jetzt noch nicht weiter ausgebreitet, obgleich unter ihnen große Unzufriedenheit über die vor kurzem vorgenommene Herabsetzung der Löhne herrscht. Die Angelegenheit ist bis jetzt noch nicht erledigt und es ist noch immer möglich, daß dieser Streik an Ausdehnung gewinnen wird.

Die in Shotts im Streik stehenden Bergarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, da sie die Verflechtung gezwungen haben, mit dem Aktionsausschuß zu verhandeln, was sie vorher abgelehnt hatte.

Die Moabiter Kriegserklärung

Größte Empörung in der Sowjetunion über das Urteil im Tschermongzen-prozeß — Das Echo in der Sowjetpresse

Moskau, 10. Februar. Die Freisprechung der Tschermongzenfälle vor dem Berliner Gericht hat in der gesamten Sowjetunion die größte Erregung verursacht. Die „Iswestija“ betrachtet den Urteilspruch als eine offene Hetzansporung der Sowjetunion. Das Blatt zweifelt nicht daran, daß das „unabhängige“ Berliner Gericht ein ganz anderes Urteil fällen würde, wenn die Bande Karumidjes nicht Tschermongzen, sondern Grants geprügelt hätte. Diese „Unabhängigkeit“ wurde gegenüber einem Staat, der nicht die Versailleschlänge in Händen hält und der nicht den Versailler Stiefel auf die Gurgel Deutschlands gesteckt hat, zur Geltung gebracht.

Das Blatt verweist auf den Klassenhaß des deutschen Gerichtes gegenüber der Sowjetunion und sein Bestreben, den sozialistischen Staat herauszufordern. Um das zu tun, sei das Berliner Gericht der Beweissführung der Verteidigung der Falscher gefolgt und darüber hinaus sogar noch weiter gegangen. Das Gericht hat sich den Grundsatzen der Verteidigung zu eigen gemacht, wonach jegliches Verbrechen gegen die Sowjetunion den innerpolitischen Interessen Deutschlands entspricht, und wonach ein erwiesenes und offenkundiges Verbrechen aufhört, ein Verbrechen zu sein, soweit es gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Die gesamte Atmosphäre der Prozeßverhandlung war vom Klassenhaß gegen die Politik der Sowjetunion und von Gehässigkeit gegen den Sowjetstaat geschwängert. In der Atmosphäre der allgemeinen Antihowjethete und der Schaffung einer antisowjetischen Einheitsfront hat das Berliner Gericht wieder bewiesen, daß Deutschland in das Lager der Feinde der Sowjetunion übergeht.

Die „Pravda“ schreibt in derselben Sache: Die faktische Freisprechung Karumidjes und Sadicatschwilis und der gesamten deutschen faschistischen Bande, die mit ihnen zusammengearbeitet hat, bedeutet die Billigung ihrer Tätigkeit durch die offiziellen Kreise und die Fortführung der im Schoße des Preussischen Innenministeriums vorbereiteten Kampagne der bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse betreffs der in der Sowjet-Handelsorganisation in Deutschland angeblich verborgenen phantastischen Sowjetagenten und kommunistischen Kampfitruppen.

Der Urteilspruch der Tschermongzenfälle ist nicht allein eine Ernüchterung aller Feinde der Sowjetunion, die den gäpfreund-

lichen Boden der Sowjetunion zur sowjetfeindlichen Willkürlichkeit bemühen, er ist vor allem ein in der letzten Zeit immer häufiger werdendes Anzeichen des Uebertritts der verantwortlichen deutschen Kreise in die Position der offenkundigen Feindseligkeit gegen die Sowjetunion.

Die gesamte Sowjetpresse betrachtet das Urteil des Moabiter Gerichts als eine vorweggenommene Kriegserklärung an die Sowjetunion.

Die Stadt der Gottlosen

Moskau, 10. Februar. Die Stadt Noginsk, vormals Bogorodsk, im Moskauer Gebiet hat sich nach einer großen antireligiösen Demonstration, an der 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen, als gottlose Stadt erklärt. Auf Verlangen der werktätigen Bevölkerung wurden sämtliche Kirchen dieser Stadt geschlossen.

Das ist die Antwort der russischen Arbeiterchaft auf die frechen provokativen Erklärungen des Papstes.

Neuer Aufstand auf Samoa

Wellington, 10. Februar. In Samoa haben die Eingeborenen erneut die Organe der neuseeländischen Verwaltung angegriffen. Den Neuseeländern gelang es, die Polizeitruppen zurückzuschlagen. Die Regierung hat Militär mit Maschinengewehren eingesetzt. Die Zahl der Todesopfer ist noch nicht festgestellt. Die Kämpfe dauern noch an.

Die neuen Aufstandsbewegungen in Ost- und West-Samoa erfolgten auf die angekündigten Maßnahmen der neuseeländischen Regierung hin, die eine Spezialpolizeitruppe nach Samoa entsenden und den Eingeborenenrat auflösen will. Die neuseeländische Regierung verlangte vom Eingeborenenrat Hilfe

bei der Festnahme von 20 Führern der letzten Aufstände, die sich in den Busch zurückgezogen haben. Der Eingeborenenrat verweigerte diese Hilfsleistung. Darauf stationierte die neuseeländische Regierung einen Kreuzer vor Apia und gab den Polizeibeamten das Recht, bei der Suche nach den Aufständischen auf deren Helfershelfer zu schießen. Nachdem noch bekannt wurde, daß der neuseeländische Minister für Landesverteidigung Samoa einen Besuch abstatten wollte, was nur Vorbereitung neuer Untertüchtungsmaschinen bedeuten konnte, griffen die Eingeborenen erneut zu Mittel des Aufstandes.



13. Fortsetzung

Er machte eine Pause, dann lud er Rudolf ein, in die Jugendorganisation einzutreten, in der er schon zwei Jahre war. Rudolf kam aus dem Staunen und der Bewunderung für Walter nicht heraus. Und Walter war erst sechzehn Jahre. Die vielen Jahre, die sie zusammen in einer Straße gewohnt hatten, und heute hatte er ihn erst richtig kennengelernt. Walter war auch ein Proletenjunge, der an einer Sehnacht trug. Aber die Sehnacht von Walter war anders. Er schämte sich nicht seiner Klasse, er wollte sich nicht von den Arbeitern entfernen und ein edlerer, ein „reiner“ Mensch werden.

Rudolf grübelte darüber nach. Die Arbeiter, die da auf dem Schulhof lagen, hatten nie die Sehnacht gehabt, sich von ihrer Klasse loszureißen.

Sie haben sich für ihre Klasse erschlagen lassen. Rudolf dachte daran, wie begeistert er war, als sie mit der Waffe zum Fahnhof stürzten. Und dann wußte er mit einemmal, daß auch er seine Klasse liebte, und nicht von ihr lassen wird.

Zawohl, er liebt seine Klasse.

Auch Klara Koch und den polnischen Franz, auch Jean Biedak und die Walschinsten. Er begriff, daß sie auch „rein“ und „edel“ sein könnten, wenn sie nicht in schmutzigen Hinterhäusern wohnen mußten und hungrig und freudlos heranwachsen würden. Er wußte auch, daß seine Romanehelen ganz anders sein würden, wenn sie Kohl und Pellkartoffeln freßten wüßten und zu Dritt in einem Bett schlafen. Wenn sie sich statt ihrer Brüste mit Lampen bekleiden wüßten und Kartoffeln fressen gehen würden. Von denen ist keiner in seiner Jugend Stampe und Knochen sammelt gegangen, dachte er.

Ein Soldat schloß das Klassenzimmer im obersten Stodwerk

der Schule auf und sagte zu einem jungen Arbeiter, der allein auf der hintersten Bank saß:

„Marisch, raus.“

Der junge Arbeiter war Paul Matheder.

Mit Mühe fand er auf und wankte zur Tür. Zwei schwerbewaffnete Püttwäger nahmen ihn in Empfang und stießen ihn durch den langen Gang vor sich her.

Paul Matheder konnte noch nicht gut laufen. Die Knochen waren ihm von den vielen Kolbenstößen, die er in der Nacht erhalten hatte, wie gebrochen, und unter dem linken Auge war ein blutig unterlaufener großer blauer Fleck, der ihn schmerzte, daß er fast ohnmächtig wurde.

Im großen verqualmten Lehrzimmer nahm ihn der Hauptmann in Empfang.

„Wie heißt du, du Schwein. Reiß die Knochen zusammen. Du bist hier nicht bei einem Kommunistenhauptling“, wollte er ihn an. Dabei verjuchte er sich am Schreibtisch festzuhalten. Er stand nach links und war erschreckend rot im Gesicht. Paul Matheder starrte und blickte starr vor sich hin. Vor ihm am langen Tisch saßen acht Offiziere und hinter ihm standen sechs Soldaten mit entführten Gewehren in den Händen.

„Du willst also die Namen der anderen nicht angeben“, wandte sich der Hauptmann an ihn, „oder hast du dich eines Besseren besonnen?“

„Verzeihung“, wandte sich ein Offizier an den Hauptmann, „ich glaube, Herr Hauptmann haben ihn noch nicht gefragt, ob...“

„Mischen Sie sich nicht ein.“

Die Stimme des Hauptmanns klang trocken und streng. Der Offizier bekam einen roten Kopf. Es entstand ein peinliches Schweigen.

„Also“, der Hauptmann wandte sich wieder an Paul M., „wenn du nicht willst, daß man dich so behandelt wie heute Nacht, mag ich dich im eigenen Interesse bitten, die Namen der Kommunisten anzugeben.“

Paul M. begann die Beine zu zittern. Er war so unsagbar müde und schwach. Der verfluchte Schmerz in den Knochen und unter dem Auge. Die fürchterbare qualende Nacht auf der kurzen harten Schulbank. Sie sollten ihn in Ruhe lassen, die Hunde, die ihn bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und gequält hatten. O, wenn er jetzt einschläfen und nichts mehr fühlen würde.

„Na, wirds bald —?“ klang die Stimme des Hauptmanns ungeduldig und gereizt.

In Paul M.'s Schädel wirbelte es. Die Beine zitterten schrecklich. Vor seinen Augen tanzten schwarze Funken. Alles war so fern und undeutlich. Nur der Schmerz unter dem Auge war da, ganz deutlich, ganz dicht am Gehirn saß er. Dann fiel ihm mit einemmal etwas ein.

Er lächelte.

Von mir werden sie doch nichts erfahren, dachte er, und wenn sie mich totschlagen.

Dann brach er zusammen.

Zwei Soldaten hoben ihn wieder auf. Aber sie mußten ihn unter die Schulter greifen, seine eingeknickten Beine trugen ihn nicht mehr, und sein munder Schädel hing nach unten.

Der Hauptmann schob mit einem Satz vor.

„Kennen wir, kennen wir“, schrie er, und sein erschreckend roter Schädel drohte zu zerplatzen. „Feiges Gefindel, markiert einen Ohnmachtsanfall, nur um sich zu drücken. Sei nicht den Mut, dem Feind ins Auge zu sehen.“

Er faßte mit der linken Hand in Pauls Haare und hob den Kopf hoch. Dann schlug er mit der Faust in das Gesicht des Wehrlosen.

„Damit du wieder aufwachst.“

Alle im Lehrzimmer grinsten zustimmend.

Nur ein Offizier nicht.

Breitbartig stellte er sich vor Paul Matheder auf und fragte ihn mit mühsam unterdrückter Stimme:

„Zum letzten Mal, willst du die Namen angeben?“

Paul Matheders Kopf hing auf die Brust herab.

Der Hauptmann blickte auf seine Soldaten:

„Gebt ihm fünfundzwanzig.“

Sechs Soldaten trugen Paul Matheder in die Ecke des Lehrzimmers, legten ihn über einen Tisch und streiften ihm die Hosen ab. Sechs Soldaten schlugen mit ihren Metallkoppeln und flachen Seitengewehren auf Gesicht und Rücken, bis das Blut auf die Erde tropfte. Es war sonst still im Zimmer. Man hörte nur das dumpfe Aufkatschen der Metallfüße auf die blutige Fleischmasse. Dann schlug jemand mit dem Gewehrflinten.

„Dreizehn, vierzehn, fünfzehn, acht, neun, zehn —“

jähste der Gefreite.

(Fortsetzung folgt.)

Oppositionskongress Schlesiens tagt!

Fünfzehn Delegierte treten der Kommunistischen Partei bei — SPD-Kollege sagt: „Brecht den Bonzen das Genick, erst dann wirds besser!“

Erster Bezirkkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition Schlesiens. Am Sonnabendnachmittag treten die Delegierten zur Tagung zusammen. Rumpels aus dem Waldenburger Bergland, Tegillproleten aus dem Gulgengberge, erwerbslose Metallarbeiter — aus allen Industriezweigen, Berufsgruppen haben die Arbeiter ihre Delegationen zum Kongress geschickt.

Im Kongresssaal rote Fahnen und Transparente mit revolutionären Kampfparolen. Ein Vertreter des Bezirkskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition eröffnet die Tagung. In kurzen Worten umreißt er die Bedeutung des Kongresses. Darauf wählen die Delegierten zum Vorsitzenden des Präsidiums einen Bergarbeiter aus Gotsberg. Die wichtigsten Industriezweige und die Erwerbslosen werden bei der Wahl der anderen Präsidiumsmitglieder berücksichtigt. Einmütig und demonstrativ die Solidarität mit den Opfern der Massenjustiz bekundend, werden in das Ehrenpräsidium gewählt die Genossen Dombrowski und Töpfer (zuletzt in Festungshaft in Gollnow), der Arbeiter Dengler (den die Massenjustiz hinter Zuchthausmauern gefangen hält) und weiter die verurteilten Tegillarbeiter von Langenbielau. Unter großer Begeisterung wird das Ehrenpräsidium noch ergänzt durch die Wahl der Führer der Kommintern und der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Der Vertreter der Kommunistischen Partei ergreift das Wort zu einer Begrüßungsansprache: Die Arbeiterklasse steht vor der Entscheidung.

Entweder Kampf um Brot und Nacht, oder grenzenloses Massenelend, Hungertod von Millionen Erwerbslosen.

Der Befreiungskampf des Proletariats erfordert Opfer, aber das Zurückweichen vor dem Klassenfeind kostet im Proletariat noch größere Verluste. Die Gewerkschaftsorganisationen wurden geschaffen zum Kampf für die Beseitigung des kapitalistischen Systems. In den Händen der Sozialfaschisten und christlichen Unternehmerbildungsvereine sind sie zu Kampfinstrumenten gegen die Arbeiterschaft umgewandelt worden. Schließend stellt sich die Bürokratie mit ihrem Organisationsapparat vor die Erwerbslosen und Finanzmagnaten. Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter bedeutet auch Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Kapitalisation vor den Bonzen bedeutet Kapitulation vor dem Unternehmertum. Der Bezirkkongress ist der erste Schritt in der Offensive gegen die Feinde des Proletariats. Die ungeheure Verschärfung der Situation erfordert von der Arbeiterschaft im Kampfe um ihre Befreiung Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit! (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende des Präsidiums verliest ein Begrüßungstelegramm der Bergarbeiter der Sowjetunion und ein Begrüßungsschreiben des Bezirkskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Baden. Eine weitere Begrüßungsansprache hält ein Vertreter der Internationalen Arbeiterhilfe. Er weist besonders hin auf die Bedeutung der Organisation der proletarischen Solidarität in den bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen.

Der Vertreter des Reichskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der

Rollege Erich Auer

erhält das Wort zum Hauptreferat über

„Traubikatur, Massenelend, Wirtschaftskämpfe und die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition“.

Genosse Auer beginnt mit der Kennzeichnung des ungeheuren Verfalls der Gewerkschaftsbürokratie der Sozialfaschisten an der Arbeiterklasse. Die Arbeiter müssen jetzt selbst Kampfleitungen zur Führung der Massenaktionen schaffen. Verschärfte Kampfmethoden sind notwendig, um die schändlichen Pläne der Bourgeoisie zu durchkreuzen und die sozialfaschistische Diktatur zu durchbrechen. Die wirksamste Waffe in der gegenwärtigen Situation ist der politische Massenstreik. Die Krise des Kapitalismus hat sich ungeheuer verschärft. In der Sowjetunion macht der sozialfaschistische Aufbau gewaltige Fortschritte. Der Young-Plan der Bourgeoisie bringt neues Massenelend. Hier gibt es nur einen Ausweg: Folgen dem Beispiel der Sowjetmacht, die den Welt-Ultimatum Friedensvertrag zerissen hat. Das kapitalistische System ist am Ende. Die Bourgeoisie muß abtreten. Genosse Auer behandelt ausführlich die konkreten Aufgaben, die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchgeführt werden müssen. Nach dem Kongress muß die schlesische Arbeiterschaft breite Massenaktionen für ihre Forderungen einleiten.

Die Diskussion

wird eröffnet durch ein Betriebsratsmitglied der Gölzinger Kohlenarbeiter: Durch geschlossenes Kuffreten hat die Belegschaft die Bezahlung der Frost- und Regenzeit durchgesetzt.

Tegillarbeiter von Langenbielau: Eine Besserung der Lage für die Arbeiterklasse im Rahmen des kapitalistischen Systems ist infolge der Krise unmöglich. Von den Bürokraten haben wir keine Hilfe zu erwarten. Bei der Tegillarbeiterausperrung war die Opposition noch nicht stark genug, um den Verrat der Reformisten zu verhindern. Heute sehen die Tegillarbeiter ein, daß die Opposition in ihrem Kampfe gegen die Verbandsbürokratie recht hatte. In den Tegillbetrieben des Gulgengberges werden neue Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt. An Stelle des bisherigen Zwei- und Vierstufensystems wird

Das Achtstufensystem eingeführt.

Die Zahl der Spindeln soll von 850 auf 1000 erhöht werden. Unter der Führung der oppositionellen Betriebsräte hat die Tegillarbeiterchaft, besonders die Arbeiterinnen, gegen diese verschärfte Ausbeutungsmaßnahmen mit dem Mittel des Streiks erfolgreich angekämpft. Den Delegierten zum Bezirkkongress wurde von den Bonzen mit dem Ausschluß aus dem Verband gedroht. Ein Kollege, der für die Delegation der Tegillarbeiter sammelte, wurde von der Polizei verhaftet. In den Betrieben müssen wir jetzt den Kampf organisieren und rote Betriebsräte wählen vorbereiten.

Tagungen der Industriezweige

Am Sonntag sind die Delegierten bereits am frühesten Morgen auf den Beinen. Um 8 Uhr finden die Industriezweigentagungen statt. In diesen Besprechungen werden die konkreten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die einzelnen Industrien in Schlesien festgelegt.

Fortsetzung des Bezirkkongresses

Am Sonntag wird um 10 Uhr die Tagung des Bezirkkongresses wieder eröffnet. Der Präsident liest zwei Begrüßungsschreiben vor, das eine von dem revolutionären Bezirkskomitee Oberschlesien und das andere von dem Bezirksvorstand Schlesiens. Darauf wird die Diskussion über das am Sonnabend gehaltenen Referat fortgesetzt. Als erster spricht ein Steinbrucharbeiter aus Strehlen, der als Vertreter des größten Steinbruchs Schlesiens und der Welt an dem Kongress teilnimmt. Unser Verbandsangehörter Häusler versuchte die Opposition niederzuknipseln, indem er einige Ausschüsse vornahm. Die Kollegen protestierten sofort dagegen. Auf Anweisung des Hauptvorstandes des Steinbrucharbeiterverbandes antwortete Häusler mit dem Ausschluß von weiteren zehn Funktionären. Die Steinbrucharbeiter saßen daraufhin einen Beschluß, wonach sie die Ausgeschlossenen nach wie vor als Funktionäre des Verbandes betrachten und die Ausschüsse nicht anerkennen. Im Steinbruch wird jetzt eine neue Arbeitsmethode eingeführt, die einen

Lohnabbau von 30—60 Prozent

mit sich bringt. Die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder legten daraufhin ihre Funktionen nieder, weil sie nicht wagten, gegen den Unternehmer zu kämpfen. Es folgt der Einmarsch einer

Frauen- und Mädchen-Delegation der Roten Frauen- und Mädchen-Bundes. Die Delegationsführerin hält eine kurze Ansprache an die Delegierten mit der Aufforderung, im Rahmen des allgemeinen Arbeiter-

Mit dem Kampf um Lohnherabsetzungen muß der Kampf gegen die Feuerung, gegen die Zölle und gegen den Young-Plan verbunden werden. Die Frage der Parallelorganisationen werden nicht wir, sondern die Gewerkschaftsopposition stellen, sobald wir die Mehrheit der Arbeiter gewinnen. Heran an die Arbeit! Schluß mit allen Kompromissen! Mit Kühnheit vorwärts! (Großer Beifall.)

Der Delegierte der Schweißniger Metallarbeiter schildert, wie der ehemalige Kommunist Dirsch nach vielen Schwankungen jetzt endgültig mit der Opposition gebrochen hat. Sein Name ist für die Opposition kein Verlust, sondern ein Gewinn. Im Verband der Gemeinbrucharbeiter sind nach dem Zusammenschluß mit dem Verkehrsband viele Austritte zu verzeichnen. Nachdem ein Delegierter der Breslauer Straßenbahn gesprochen hat, gibt die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Es sind 89 in Versammlungen gewählte Delegierte anwesend. 65 davon sind freigewerkschaftlich organisiert, sechs sind ausgeschlossen und zwei sind Mitglieder der UML. Von den Delegierten gehören 64 der Kommunistischen Partei an, zwei der Sozialdemokratischen Partei, und 23 sind parteilos. 14 Delegierte sind Betriebsräte. 21 sind Gewerkschaftsfunktionäre und sechs sind Mitglieder von Erwerbslosenausschüssen. An dem Kongress nehmen 118 Gäste teil.

Ein Jugenddelegierter spricht über die Notwendigkeit der Verstärkung der oppositionellen Arbeit unter den Jungarbeitern. Der Vertreter des Landeserwerbslosenausschusses

Gelöbnis des Roten Frontkämpferbundes

Kurz vor Schluß des Kongresses marschiert plötzlich eine Abordnung des nicht zu verletzenden Roten Frontkämpferbundes in voller Uniform in den Saal hinein. Ein Roter Frontkämpfer trägt eine große rote Fahne. Die Delegierten springen auf und grüßen begeistert „Rot-Front“. Die Roten Frontkämpfer nehmen vor dem Tisch des Präsidiums Aufstellung.

Ihr Führer hält eine kurze und kernige Ansprache an die Kongressdelegierten: „Wir sind nicht zu verletzten. Trotz und trotz allem... Kostet vor!... Wir geloben, die Arbeit im Interesse aller Ausgebetteten mit allen Kräften zu unterstützen.“ Brausend schallt die Internationale durch den Saal. In ruhigem Schritt entfernt sich die Delegation der Roten Frontkämpfer, von begeisterten „Rot-Front“-Rufen begleitet.

Kampfes für die Forderungen der werttätigen Frauen einzutreten. Der Präsident teilt mit, daß

vier Delegierte ihren Eintritt in die Kommunistische Partei erklärt

haben. Die Delegierten nehmen das mit lauten Bravourufen zur Kenntnis.

Als nächster spricht Genosse R. aus Breslau: Die Tatsache, daß das Polizeipräsidium zur Begrüßung des Bezirkkongresses am Sonnabend drei vollbesetzte Schnellwagen entsandt hatte, zeigt, wie eng die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie mit den Organen des kapitalistischen Staates verbunden ist im gemeinsamen Kampfe gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Die Durchführung des Young-Planes muß einen Lohnabbau auf der ganzen Linie zur Folge haben. Dagegen gilt es den Kampf zu organisieren. Der Vorschlag „heraus aus den Gewerkschaften“ heißt Loslösung von den Massen und ist opportunistisch. Mit dem Gewerkschaftslegalismus muß Schluß gemacht werden. Der Kampf gegen die Ausschüsse muß auf einer breiteren Basis gestellt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Eroberung der Großbetriebe. Der Verbreitung der revolutionären Gewerkschaftspropaganda und der Schaffung von neuen Zeitungen muß die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Der Delegierte aus Faulbrück: Wir können keine siegreiche Revolution organisieren, wenn wir das Land nicht haben. Die Landarbeiter sind wohl primitiv, aber

leicht für die Opposition zu gewinnen.

Die Masse der Landarbeiter steht ideologisch zu uns. Nun gilt es, sie auch organisatorisch zu erfassen.

Ein Bergarbeiterdelegierter aus Waldenburg: Das Los der Bergkumpels ist unerträglich. Im Jahre 1924 betrug die Gesamtbelegschaft im niederschlesischen Bergbau 38 000 Mann. Jetzt sind es nur noch 27 000. In derselben Zeit sind die

Leistungen wesentlich gestiegen,

und zwar um 200 Kilo pro Mann und Schicht. Unter großem Beifall der Delegierten gibt nunmehr der Präsident bekannt, daß

zehn weitere Delegierte ihren Eintritt in die Kommunistische Partei erklärt

haben. Ein Delegierter der Breslauer Erwerbslosen kritisiert die Tätigkeit des Landeserwerbslosenausschusses. Eine Deputiertenin aus Breslau schildert das Hungerdasein der Heimarbeitenden.

Genosse Bollweber: Die Tagung der Industriezweige Bau hatte beschlossen, sobald als möglich eine Delegiertenkonferenz für den gesamten Bezirk zu organisieren und eine oppositionelle Zeitung zu schaffen. Gegen die Absicht der Gewerkschaftsbürokraten, die ausgeschlossenen Kollegen auch noch brotlos zu machen, muß der energischste Widerstand der Belegschaften organisiert werden. Die Massenentlassungen darf man nicht stillschweigend hinnehmen. Man muß sie mit dem Kampf für verlorene Arbeitszeit beantworten. Wenn die Delegierten in der Diskussion der Auffassung waren, daß viele Arbeiter lediglich der wirtschaftlichen Versorgung wegen Mitglieder einer Gewerkschaft sind, so wird sich das sehr bald ändern. Der Bau-gewerksbund gibt schon jetzt

mehr an Erwerbslosenaunterstützung aus, als er an Beiträgen einnimmt.

Der Versuch des Buchdruckerverbandes, für die Erwerbslosen ein Prozent des Verdienstes der noch arbeitenden Kollegen abzuführen, muß auf das energischste bekämpft werden. Die Auffassung, man könne wegen der schlechten Konjunktur nicht kämpfen, ist falsch.

in Breslau spricht über den geplanten weiteren Abbau der Erwerbslosenaunterstützung und über die Organisation des Kampfes der Pflichtarbeiter für eine menschenwürdige Entlohnung. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung des internationalen Arbeitertages und der Verbindung mit den Betriebsarbeitern.

Der Delegierte aus Glogau schildert den örtlichen Kampf gegen die Sozialfaschisten. Ein weiterer Delegierter betont, daß bei den diesjährigen Betriebsratswahlen

keinerlei Kuhhandel mit den sozialfaschistischen Funktionären

hastfinden darf. Überall müssen Vorschlagslisten der revolutionären Gewerkschaftsopposition eingereicht werden. Die Erwerbslosen müssen zur Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage in den Mieterräten treten.

Der Delegierte aus Gärlich schildert die ersten Versuche, die oppositionellen Kollegen organisatorisch zusammenzufassen. In Gärlich wurden in einer Versammlung Listen ausgelegt, in die alle oppositionellen Kollegen ihren Namen und die Adresse eintrugen. Ein weiterer Delegierter der Breslauer Erwerbslosen spricht über den Kampf der Pflichtarbeiter. Der

SPD-Delegierte aus Striegau:

Ich bin noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Für die Teilnahme an dem Bezirkkongress werde ich wahrscheinlich ausgeschlossen werden. Ich bitte die Delegierten, zu beschließen, wie es auf dem schnellsten Wege möglich wäre, den Gewerkschaftsangehörigen das Genick zu brechen, denn solange sie noch am Leben sind, wird es für uns nicht besser werden.

Der Präsident teilt den Eintritt eines weiteren Delegierten in die Kommunistische Partei mit. Darauf ergreift ein Jungarbeiter aus den Strehliener Steinbrüchen das Wort: Ein Jungarbeiter wird von den Bonzen als „unreifes Obst“ bezeichnet, wenn er es wagt, gegen die Gewerkschaftsbürokratie zu polemisieren.

Schlusswort des Kollegen Auer.

Das Schwergewicht unserer Arbeit liegt im Betriebe. Die Delegierten von der UML müssen erkennen, daß es nur eins gibt: entweder mit der Roten Gewerkschaftsinternationale oder gegen sie. Die bisherige Tätigkeit der Unionisten ist um nichts besser als die der Reformisten. Die Arbeit in den Gewerkschaften ist nach wie vor notwendig. Wir sagen: Zur Stärkung der revolutionären Opposition — hinein in die Gewerkschaften! Die von der Opposition herausgegebenen Aktionsformulare sind keineswegs als Beiträge zu betrachten. Die Delegierten zum 5. Weltkongress der KGW müssen in den Betrieben gewählt werden, wonach dann eine Bezirkskonferenz die endgültige Wahl vornimmt. Der schlesische Bezirkkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition war der erste Schritt auf dem Wege der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Trotz verschiedener Mängel war das ein guter Kongress. Nun müssen dem guten Kongress gute Pläne folgen. (Starker Beifall.)

Wahl des Bezirkskomitees.

Im letzten Tagungsordnungspunkt wird die Wahl des Bezirkskomitees und die Abstimmung über die Anträge und Entschlüsse vorgenommen. Die Wahlen erfolgten einmütig. Das Bezirkskomitee setzt sich aus einer engeren und einer erweiterten Körperschaft zusammen. Die gefassten Beschlüsse werden wir morgen ausführlich behandeln. (Es erfolgt der Einmarsch des Roten Frontkämpferbundes — siehe oben!)

Der Kongress wird geschlossen. Der Präsident umreißt noch einmal mit kurzen Worten die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die nächste Zeit in Schlesien, wonach die Delegierten gegen die „Internationale“ einstimmten.

